Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138. Donnerstag, den 16. Juni 1921. 28. Jahrgang.

Neue Bahnen in der Weltpolitik.

London, 15. Juni.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times" meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reiche in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der „Times" zufolge ohne formelle Allianz zwischen ihnen eine Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wiederherstellen.

In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf dem Stillen Ozean und die Ueberlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflußsphäre zur See umfassen. Das würde selbstverständlich eine Verzichtleistung auf den Gedanken des englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

Zu dieser Meldung ihres Berichterstatters schreibt die allerdings immer noch recht franzosenfreundliche „Times", daß dieser amerikanische Plan von allen englisch sprechenden Völkern und auch von der übrigen Entente begrüßt werden wird. Voraussetzung zu einer Durchführung der Hardingschen Absichten sei allerdings die Fortdauer des herzlichen Einvernehmens zwischen England und Frankreich. **Dies müsse der Eckstein der Kontinentalpolitik Englands bleiben, um ihm den Ausbau seiner Weltpolitik zu ermöglichen.**

Die „Times" ist nicht England. Sollte sich die englische Regierung aber zu einer ähnlichen Meinung bekennen, so sind für die nächste Zeit allerlei unliebsame Ueberraschungen für Deutschland zu befürchten.

Die genauen Unterlagen für die Umstellung in der Weltpolitik sind noch nicht zu übersehen. Wahrscheinlich hat der eingetretene Konkurrenzkampf zwischen England und Amerika die Geister vor einem Wege gewarnt, der vor dem Kriege die Beziehungen zwischen Deutschland und England so sehr vergiftete, und der schließlich in den Abgrund führte. — Wir werden auf die Vorgänge ausführlicher zurückkommen.

Rathenau und Loucheur.

Dr. L. Lübeck, 16. Juni.

Vor drei Tagen trafen sich in Wiesbaden zwei Männer, von deren Wollen und Können das Schicksal des Kontinents für das nächste Jahrzehnt in erheblicher Weise abhängt. Die deutsche Regierung hatte angeregt, daß ihr neuer Wiederaufbauminister Rathenau persönlich Fühlung nehmen sollte mit Loucheur, dem französischen Minister für die befreiten Gebiete. Die französische Regierung stimmte diesem Wunsche zu. Die beiden Minister trafen sich, traten in einen Gedankenaustausch ein, verhandelten, und jeder stellte fest, daß auch der Gegner gute Gedanken und ehrliche Absichten hat. Am nächsten Tage traf man sich wieder, und schließlich war aus der persönlichen Fühlungnahme eine zehnstündige Besprechung geworden.

Es ist im höchsten Maße seltsam, daß jetzt, zwei Jahre nach Friedensschluß, eine solche Unterredung mit einem solchen Ergebnis allgemein als eine ganz auffällige Begebenheit bewertet wird. Und es ist in der Tat das erstemal, daß es Vertretern Frankreichs und Deutschlands wieder gelungen ist, sich vorurteilslos und ohne mißtrauisches Augenblinzeln nebeneinanderzusetzen zu einer Aussprache. Allerdings waren diesmal auch keine Diplomaten und keine Militärs die Abgesandten ihrer Staaten, sondern Männer aus dem Wirtschaftsleben, die gewohnt sind, ohne Rücksicht auf Freund oder Feind den Nutzen ihres Unternehmens zu fördern.

Rathenau, bisher Generaldirektor des größten deutschen Erwerbsunternehmens, und Loucheur, früher einer der führenden Großindustriellen Nordfrankreichs, haben einfach so miteinander verhandelt, wie sie es in der Vorkriegszeit als Vertreter ihrer Gesellschaft getan hätten. Sie haben die Politik ausgeschaltet und die Frage erwogen, was dem schnellen Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete unter Berücksichtigung der Grenzen deutscher Leistungsfähigkeit am zweckdienlichsten sein könnte.

Rathenau hat dabei in ziemlich ausführlicher Weise — die Welt ist darüber durch Loucheurs Bericht an den französischen Ministerrat unterrichtet worden — seine Ansichten über die Möglichkeit und die Verwendung der deutschen Leistungen auseinandergesetzt. Loucheur hielt dem alle die Gründe entgegen, die gegen Rathenaus Programm in die Wagschale fallen. So eine ganze Reihe von gesetzlichen Bestimmungen über die Gutmachung der angerichteten Privatschäden und außerdem gewisse Gefühlsfragen, mit denen die französische Regierung rechnen muß.

Auf diese Weise hatten die beiden Minister Gelegenheit, die Hindernisse kennen zu lernen, die auf der Gegenseite den Ausführungen des eigenen Planes entgegenstehen. Daraus ergibt sich für sie auch die Möglichkeit, ihre Ansichten durch neues Durchdenken der Wirklichkeit anzunähern, und damit schließlich zu einem für beide Teile annehmbaren Mittelweg zu kommen. Und Rathenau hat den unbestrittenen Erfolg erzielt, daß er Loucheur von Deutschlands guten Absichten überzeugt hat, und, was noch mehr wiegt, daß er die Gegenseite für die deutschen Pläne in einer gewissen Weise gewonnen hat. Nicht nur Loucheur, der für morgen schon eine zweite Zusammenkunft mit Rathenaus Vertreter Bergmann vereinbart hat, sondern auch den Obersten Rat, der Rathenau einladen wird, seine Pläne persönlich in der nächsten Sitzung vorzutragen.

Der sachliche Inhalt der Wiesbadener Auseinandersetzung ist naturgemäß über das oben beschriebene Stadium der Vorbesprechung kaum hinausgekommen; irgend welche bindenden Beschlußfassungen konnten auch niemals beabsichtigt sein. Immerhin lassen sich doch aus dem, was bekannt wurde, gewisse Richtlinien erkennen. Frankreich ist damit einverstanden, daß Deutschland einen Teil seiner Schuld in Sachgütern abträgt — nur darf dieser Teil eine gewisse Quote der Gesamtsumme nicht überschreiten, da der französische Geldmarkt im Interesse seiner Valuta und seiner Auslandsschulden unbedingt nach Barmitteln verlangt. Andererseits ist aber die Uebernahme deutscher Arbeiter noch sehr ungewiß, und immer neue Widerstände hauptsächlich gefühlsmäßiger Art stellen sich diesem Projekt entgegen. Nach unserer Meinung sollte die deutsche Regierung diesen ihren Lieblingsplan fallen lassen, da er immer wieder stört und Aussicht auf eine Verwirklichung in größerem Umfange niemals haben wird.

Dann soll aber, nach der Wiedergabe französischer Blätter, ein anderer Punkt behandelt worden sein, der unter Umständen noch eine große Rolle spielen kann. Rathenau soll davon gesprochen haben, daß Deutschland Frankreich statt mit dem so schwer zu beschaffenden Bargeld mit Anteilscheinen an großen Aktienunternehmungen bezahlen will.

Es wird sich eines Tages herausstellen, daß dies für die deutsche Wirtschaft der einzig mögliche Weg ist zur

Oberschlesien.

Die neue Krise.

Am Mittwoch hat die französische Botschaft dem Auswärtigen Amt in Berlin die von der französischen Presse angekündigte Aufforderung überreicht, daß der deutsche Selbstschutz den Annaberg zu räumen habe. Die französische Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß die Autorität der interalliierten Kommission durch die Weigerung des deutschen Selbstschutzes gefährdet werde. Es ist an sich erfreulich, daß die interalliierte Kommission, die nach dem Friedensvertrag für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien die Verantwortung trägt, so eifrig auf die Wahrung ihrer Autorität bedacht ist. Jedoch ist die Auffassung in Deutschland allgemein, daß sie diese Autoritätsstellung bisher nicht gegen die polnischen Aufständischen gewahrt hat, wie sie sie gegen den deutschen Selbstschutz herauskehrt.

Das Reichskabinett hat sich noch Mittwoch mit der französischen Aufforderung beschäftigt und eine Antwortnote fertiggestellt, die am Donnerstag früh veröffentlicht wird. Die Reichsregierung vertritt die Ansicht, daß die interalliierte Kommission in Oppeln für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich ist. Im übrigen hat sich die Reichsregierung bekanntlich wiederholt mit Erfolg bemüht, den deutschen 12er-Ausschuß in Oberglogau vor übereilten Schritten zu warnen. Die Reichsregierung hält aber die vom 12er-Ausschuß aufgestellten Garantieforderungen für durchaus berechtigt. Es ist gar kein Zweifel darüber möglich, daß der deutsche Selbstschutz zum vollen Rückzug bereit ist, sobald er die Gewähr hat, daß die Freigabe des vom Selbstschutz besetzten Gebietes nicht zu einer neuen Besetzung durch die Polen führt. Zu dieser Garantie ist die interalliierte Kommission verpflichtet. Deutschland hat kein anderes Interesse an Oberschlesien, als geordnete Zustände und das ruhige Abwarten auf den Entscheidungsspruch des Obersten Rates über das Schicksal Oberschlesiens.

Die deutsche Note.

Die gestern an die Ententemächte abgegangene Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 16. Juni.

„Seit sechs Wochen hat Korfanty die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen, hat in den von seinen Banden besetzten Gebieten tatsächlich alle Befugnisse der interalliierten Kommission übernommen. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Historische Bauten, wie die Schlösser von Schimischow, Stubendorf, Zembowitz, Kalinow und viele andere sind dem Vandalismus der Insurgenten zum Opfer gefallen. Den Bauern und Gutsbesitzern sind die Pferde und das Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte wurden zerstört. Die Einbringung der Ernte ist bereits jetzt in vielen Gegenden unmöglich. Nicht minder traurig liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht nahezu überall still. Der Bolschewismus findet in diesem verwüsteten Lande günstigen Boden und breitet sich in erschreckender Weise aus.

Blutenden Herzens, aber mit gefesselten Händen soll das deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes zu getreuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutalster Gewalt ausgeliefert und die Früchte des deutschen Fleißes und deutscher Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben werden. Seit Ende Mai trafen erhebliche Truppenverstärkungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien ein. Mit geringen Ausnahmen, und abgesehen von den großen Städten, die noch in der Hand der Deutschen sind, blieb jedoch das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor im Besitze der Insurgenten, die dort unumschränkt herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen. Von dort kommt ein dauernder Zuzug an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl von regulären polnischen Militärs. Von dort werden Waffen und Munition aller Art herübergeschafft. Beweise für diese Tatsache werden den alliierten Regierungen besonders übergeben.

Haben aber interalliierte Truppen das Gebiet durchzogen, so tauchen in ihrem Rücken alsbald die polnischen Banden wieder auf und treiben in gleichem Maße ihr Unwesen wie vorher. **Eine Befriedigung ist nirgends zu verzeichnen.** Längs der ganzen Front wurden die Ortschaften, wie beispielsweise Costellitz, Wachowitz, Frei-Pipa, Frei-Kadlub, Schemrowitz, Waldhäuser, Hohenbirken, Bukau, Markowitz, die vorübergehend von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht.

Die oberschlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk bewahrten mit Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt als bewunderswert anerkannt wird, bisher die Ruhe. Der oberschlesische Selbstschutz trug, trotz zahlreicher Angriffe der Polen, und trotz dringender Hilferufe aus den von Korfanty besetzten Gebieten, die Stellungen nicht weiter vor, in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der interalliierten Kommission gegen Korfanty und seine Banden ergriffen werden. **Die deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien schärfste Verwahrung einlegen.** Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den oberschlesischen Selbstschutz auf die gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. **Dieser Erfolg kann allein dadurch gezeitigt werden, daß mit ernstem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert wird.** Geschieht das nicht, so wird die volle, alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der interalliierten Kommission und deren Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen eine Befreiung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen. Nach Art. 88 des Friedensvertrages ist die interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag vereinbar, wenn die interalliierte Kommission die Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt. Sie müsse daher erneut mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung überwiegend deutsch ist, endlich überall restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

Mißglückter Anschlag auf Gleiwitz.

Gleiwitz, 16. Juni.

Dienstag vormittag griff ein polnischer Panzerzug Gleiwitz an. Dicht bei Gleiwitz wurden etwa 200 Insurgenten ausgesetzt, die auf der Bahnlinie vorgingen. Sie wurden vom Selbstschutz umzingelt. 69 Aufständische wurden gefangen genommen und entwaffnet. Die Gefangenen wurden der italienischen Besatzung übergeben.

Aufbringung der riesenhaften Schuldsummen. Aber die deutschen Kapitalisten werden gegen diesen Weg alle Hindernisse auftürmen, die in ihrem Machtbereich sich finden lassen. Das deutsche Volk muß gewärtig sein, daß über kurz oder lang eine ähnliche Hetze gegen Rathenau beginnen wird, wie sie seinerzeit Erzberger überfiel, als er dem Besitz zu Leibe wollte. Wer deutschnationale Blätter und Blättchen liest, der weiß, daß die ersten Vorboten einer solchen Rathenauhetze sich schon verschiedentlich bemerkbar machten.

Oberschlesien.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Englands Haltung unverändert.

Schnelle Entscheidung?

Entgegen der gestrigen Nachricht, die eine sehr optimistische Beurteilung der Haltung Englands wiedergab, liegt heute folgende Nachricht vor, die erhoffen läßt, daß Lloyd George auch in Zukunft gegen die französisch-polnischen Pläne fest bleiben wird.

London, 15. Juni.

Die englische Regierung erkennt an, daß bisher die französische Zusage, die französischen Truppen sollten mit den englischen zusammenwirken, in Oberschlesien ganz wirkungslos geblieben ist. Sie drängt daher in Paris auf die Erteilung bestimmter Instruktionen, besonders auch betreffs der Waffenanwendung. Gleichzeitig wurde Paris informiert, daß der englische Standpunkt in der schlesischen Frage unverändert sei und daß England seine Zustimmung zu der Entsendung einer Sachverständigenkommission zurückzieht und auf schneller Entscheidung durch den Obersten Rat besteht. Man gewinnt den Eindruck, daß das französische Verhalten die englische Geduld auf eine immer härtere Probe stellt. In offiziellen Kreisen erkennt man die Unfähigkeit der Kommission an, sich über die Aufstellung und Ausführung eines wirksamen Säuberungsplanes zu einigen.

Die interalliierte Gewerkschaftskommission in Oppeln eingetroffen.

TU. Frankfurt a. Main, 16. Juni.

Die Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die aus Jouhaux, dem Vizepräsidenten der Gewerkschaftszentrale Fimmen und dem Sekretär der Gewerkschaftsinternationale besteht, ist nach einem Berliner Telegramm der „Frankf. Ztg." in Oppeln eingetroffen, um von dort aus die Weiterreise ins Industriegebiet anzutreten.

Rathenaus Pläne sollen dem Obersten Rat vorgelegt werden.

London, 15. Juni. Der Oberste Rat wird auf Ersuchen Loucheurs wahrscheinlich Rathenau einladen, seine Pläne persönlich oder durch seine Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates weiter zu erörtern. Loucheur habe von den Vorschlägen Rathenaus einen so guten Eindruck erhalten, daß er Wert darauf lege, die Pläne durch Rathenau oder in seinem Namen nochmals erörtern zu lassen, damit sie besprochen werden können. In Londoner Geschäftskreisen erblickt man in diesem unerwarteten Schritt den Beweis, daß nun endlich kommerzielle und wirtschaftliche Auffassungen sich Bahn brechen. —

Rathenaus Vorschläge für Frankreich annehmbar.

Paris, 14. Juni.

Loucheur hat kurz vor seiner Abreise aus Wiesbaden nach Paris telephoniert, die Besprechungen mit Rathenau enthielten Vorschläge, die für die französische Regierung annehmbar seien. Sie enthalten einen Plan für den Wiederaufbau, unter voller Berücksichtigung der französischen Gegenvorschläge. — In Paris erwartet man ein Einvernehmen über den Wiederaufbau und nimmt an, daß die Besprechungen günstige Folgen für die Unterbringung der Wiederherstellungsbonds haben wird.

Frankreich hat keine böswilligen Hintergedanken!

TU. Paris, 16. Juni.

Der „Temps" schreibt: Es ist jetzt an Deutschland ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes Programm vorzulegen. Durch die Wiesbadener Besprechungen habe Herr Loucheur bewiesen, wie lächerlich es ist, zu behaupten, Frankreich lasse nicht mit sich reden, oder habe böswillige Hintergedanken.

Beginn der deutsch-französischen Konferenz am 24. Juni.

Paris, 15. Juni.

Loucheur hat dem Ministerrat mitgeteilt, daß sich seine Besprechungen mit Rathenau ausschließlich auf die Frage der Schadensvergütung beschränkt haben. Jetzt müsse noch die Art der zu liefernden Waren und die Art und Weise der Ausführung der Bezahlung in Natura festgesetzt werden. Rathenau will diese Fragen mit Bergmann und Wolf besprechen, welche die Verhandlungen im Namen des Deutschen Reiches führen werden. Die Besprechungen in Paris werden am 24. Juni beginnen. Loucheur wird u. a. durch Seydoux unterstützt werden. Es scheint, daß die ersten Resultate einen günstigen Eindruck in Paris und Berlin gemacht haben.

Eine deutsche Avignon-Note nach Paris.

TU. London, 16. Juni. Nach einer Meldung der „Humanite" aus Berlin wird die deutsche Regierung auf Grund der Riesenkundgebungen im ganzen Reiche eine Note nach Paris senden, in der die nachdrücklichste Bitte um Freilassung der in Avignon noch festgehaltenen 115 Deutschen ausgesprochen wird.

Ablehnende Haltung der englischen Bergarbeiter.

TU. London, 16. Juni. Die Abstimmung in Süd-Wales zeigte bisher eine überwältigende Mehrheit für eine Ablehnung der Vorschläge der Bergwerksbesitzer. Auch in Monmouthshire sind die Bergarbeiter ungefähr alle für die Ablehnung der Vorschläge. — Die Fabriken von Singers Nähmaschinen in Glasgow sollen am 24. Juni wegen Kohlenmangels geschlossen werden.

Belgischer Kabinettsrat über das Leipziger Urteil.

TU. Brüssel, 14. Juni. Der Kabinettsrat hat gestern die Entscheidung des Leipziger Reichsgerichtshofes besprochen. Nach den Bestimmungen der alliierten Übereinkünfte könne die Entscheidung des Gerichts nur als ein Beweis des loyalen Willens der deutschen Behörden, wirkliche Verbrechen zu bestrafen, begutachtet werden. Die belgische Regierung wird, sobald die Berichte ihrer Abgeordneten von Leipzig vorliegen, darüber urteilen, ob der Beweis in genügendem Maße geliefert worden ist. Mitglieder der Regierung nennen das Urteil gegen Ramdohr schmählich, aber man müsse noch die Berichte der nach Leipzig entsandten Juristen abwarten.

Fortgang der Abstimmungsbewegung in Österreich.

Rücktritt Dr. Mayrs entschieden.

TU. Wien, 14. Juni. Es zeigt sich, daß die Christlichsozialen nicht daran denken, in der Abstimmungsfrage dem Wiener Wunsche Rechnung zu tragen, umsoweniger, als die Agitation für die Abstimmung in ganz Steiermark in vollem Gange ist. Infolgedessen soll die Kabinettskrise ohne Rücksicht auf die Abstimmungsfrage rasch gelöst werden. Daß der bisherige Bundeskanzler Dr. Mayr nicht auf seinem Posten bleibt, ist sicher. Der Kandidat der Christlichsozialen, Fink aus Vorarlberg, lehnt den Posten ab. So treten nun die Christlichsozialen dem Gedanken der Großdeutschen, den Polizeipräsidenten von Wien, Schober, zu ersuchen, die Kabinettsbildung zu übernehmen, näher. Die Anschlußbewegung in Ober-Oesterreich gewinnt in den Grenzbezirken immer stärkere Ausdehnung. —

Deutscher Reichstag.

Mittwoch, 15. Juni.

Fortsetzung der Debatte über die Getreidewirtschaft.

Zu dem Gesetzentwurf über das Umlageverfahren, dessen Aussprache fortgesetzt wird, liegen folgende Anträge vor: Ein Antrag Dr. Böhme (DDP.), Dusche (DVP.) und Blum (Z.) will die Höhe der Umlage nur auf 2½ Millionen Tonnen festsetzen. — Ein Antrag Dr. Hertz (USP.) verlangt Beibehaltung der bisherigen öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides. — Ein sozialdemokratischer Antrag Müller-Franken fordert Beibehaltung des bisherigen Verfahrens und im Falle der Annahme des Umlageverfahrens eine Erhöhung der Umlagesumme auf 4,5 Millionen Tonnen. — Der Antrag Hergt (DNP.) verlangt die freie Wirtschaft und starke Berücksichtigung der Landwirtschaft in den verschiedenen Instanzen.

Bornefeld (Z.): Das Umlageverfahren, das von vielen Landwirten abgelehnt wird, nehmen wir als das kleinere von zwei Uebeln in der Fassung der ersten Lesung an, wonach in § 1 die Gesamtmenge des abzuliefernden Getreides auf 2½ Millionen Tonnen festgesetzt wird.

Dusche (DVP.): Wir können gerade im Interesse der Erzeugung die volle Verantwortung für die ganze Freigabe des Getreides übernehmen. Auf die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen wird der Minister beim Umlageverfahren kaum rechnen dürfen, denn die Geduld der Bauern ist erschöpft.

Dr. Hertz (USP.): Ich will dem Hause zunächst einige sehr interessante Dokumente vorlegen. Das erste ist ein Schreiben des Reichsernährungsministers vom 6. April an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbestimmungen, wonach die Erlaubnis zur Ausfuhr nur erteilt werden soll, wenn es sich um geringe Mengen handelt. Aus einem zweiten Schreiben, das aus dem Reichsgetreidebureau in Königsberg in Ostpreußen stammt, geht hervor, daß dort die Ausfuhrgenehmigung erteilt wurde für 835 210 Tonnen Erbsen, Peluschken, Haferflocken und Mais nach dem Auslande, und zwar nach Schweden, Norwegen, Dänemark und Litauen. Ein großer Teil davon gelangte auf Umwegen in die Hände der Polen und wurde demnach zur Stärkung einer Armee benutzt, die ein besonderer Feind Oberschlesiens und Deutschlands ist. Diese Mengen konnten ausgeführt werden, obwohl in Ostpreußen eine Mißernte in Hülsenfrüchten zu erwarten ist und überdies ein außerordentlicher Bedarf an Hülsenfrüchten dort besteht.

Dr. Böhme (DDP.): Die Landwirte werden ihre Pflicht genau so tun wie vor dem Kriege. Obwohl wir die Besorgnisse der Regierung durchaus teilen, werden wir doch für die freie Wirtschaft stimmen. Die Zuckerpreise zum Beispiel werden unter dem Einfluß des Weltmarktes sich nicht so hoch halten lassen. An Stelle der Kosten, die für das ganze System der Zwangswirtschaft aufgewendet werden müssen, könnten die wichtigsten Lebensmittel für die Bevölkerung verbilligt werden. Die ungeheuren Lasten des Ultimatums werden eine dauernde Aufwendung für die Getreideeinfuhr unmöglich machen.

Das Haus vertagt sich hierauf auf Donnerstag.

Stegerwalds Trotz.

Nichts gegen die Rechtsparteien.

Den Trotz pflegt man sich im allgemeinen schweigend vorzustellen. Der Trotzminister Stegerwald zeichnet sich durch großes Redebedürfnis aus. Er muß immer wieder der Welt sagen, warum er eigentlich noch Minister ist, und hat deshalb sich von dem Chefredakteur der „Germania" ausfragen lassen. Das Interview bedeckt eine volle Seite der „Germania", aber sein wesentlicher Inhalt läßt sich kürzer skizzieren.

Für Herrn Stegerwald gibt es gute und schlechte Menschen. Zu den guten Menschen gehört nämlich er, die schlechten Menschen sind die, die ihn bekämpfen, also in erster Linie die Sozialdemokraten. Die guten Menschen a la Stegerwald stellen die „Staatsnotwendigkeiten" in den Mittelpunkt ihrer Politik und gehen von „politischen Realitäten und Möglichkeiten" aus, während die schlechten Menschen „parteipolitischen Strömungen" folgen und zu erkennen sind an ihrer „formalistisch-demokratischen" Denkweise.

Als solch Musterbild eines schlechten Menschen mit formalistisch-demokratischer Denkweise stellt Stegerwald seinen Parteigenossen Erzberger hin, der im Juli 1917 durch die Friedensresolution Deutschland vor dem Zusammenbruch des Jahres 1918 bewahren wollte und sich dabei auf die Parlamentsmehrheit stützte, während doch die „politischen Realitäten", nämlich die Offizierskaste, preußische Bureaukratie, Schwerindustrie und Agrariertum gegen ihn waren. Diesen „politischen Realitäten" muß man sich nach Stegerwalds Auffassung unter allen Umständen beugen. Und deshalb verkündet Herr Stegerwald von den nächsten Aufgaben Preußens, als die er Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, ertragreiche Grundsteuer und Durchführung der Verwaltungsreform ansieht, wörtlich folgendes:

Keine dieser drei Aufgaben läßt sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Preußen durchführen gegen den geschlossenen Widerstand der beiden Rechtsparteien.

Da die beiden Rechtsparteien im Preußischen Landtag, worauf ein „Formaldemokrat" hinweisen würde, höchstens ein Drittel der Sitze haben, so heißt dieser Ausspruch nichts weiter als daß Herr Stegerwald vor den Mächten kapituliert, die hinter diesen beiden Parteien stehen. Herr Stegerwald kapituliert vor Schwerindustrie und Agrariertum, altpreußischer Bureaukratie und ausrangierten Militärs. Gegen ihren geschlossenen Widerstand wagt dieser republikanische Minister keinen Schritt zu tun. Dagegen traut sich Herr Stegerwald sehr wohl, gegen den geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft zu regieren.

Seine Kapitulation vor der Rechten begründet Herr Stegerwald mit einem eigenartigen Geständnis; nämlich mit dem Geständnis, daß das Zentrum sich so weit nach rechts entwickelt habe, daß es gegen eine Agitation der Rechtsparteien nicht mehr widerstandsfähig ist. Herr Stegerwald will nämlich die alte Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten nicht wiederherstellen, weil er glaubt, daß der rechte agrarische Flügel des Zentrums einfach nicht bei der Stange bleiben, sondern überlaufen würde. Herr Stegerwald schreibt:

Wenn bei solcher Sachlage die Führer der Zentrumspartei selbst den ernstesten Willen hätten, in den entscheidenden Fragen mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammenzugehen, dann würde trotzdem damit praktisch so gut wie nichts gewonnen. Denn die Fraktion würde in einer Reihe entscheidender Fragen uneinheitlich und gegeneinander stimmen, womit die Koalitionsmehrheit sofort ohne weiteres in eine Minderheit umgewandelt wäre, und im übrigen würde die Agitation der beiden Rechtsparteien im Lande den agrarischen Flügel des Zentrums nach rechts ziehen, und an Stelle einer Stärkung der Mitte, die für das nächste Jahrzehnt für deutsche Verhältnisse das Gebot der Stunde ist, würde in kürzester Zeit eine Rechtsmehrheit erstehen.

Deutlicher und kläglicher kann man nicht vor der Reaktion kapitulieren. Herr Stegerwald hat nun wenigstens mit Offenheit ausgesprochen, daß er sich als Gefangener der beiden Rechtsparteien betrachtet, da er von ihrem guten Willen lebt und nichts gegen sie unternehmen will. Wer der Freund der beiden Rechtsparteien ist, der ist der natürliche Feind der Arbeiterschaft. Die Geständnisse des Herrn Stegerwald tragen ungemein zur Klärung der Situation bei.

Der bayrische „Ordnungsstaat".

Der gute Ton.

Unser Münchener Parteiblatt ist von Kahr-Pöhner unter Vorzensur gestellt worden. Offenbar hat es das Mißfallen der bayerischen Regierung erregt; wie man andererseits schreiben muß, um das Wohlgefallen der hohen und vornehmen Herrschaften auf sich zu lenken, das zeigen einige Stichproben aus Nr. 46 des national-sozialistischen „Völkischen Beobachters", die wir dem Vorwärts entnehmen und nachstehend wiedergeben:

Der Leitartikel führt den quer über die ganze Seite gedruckten Titel: **„Der Quasselkanzler"**. In diesem Artikel wird gesprochen von dem jetzigen **„Reichsregierungsbordell"**. Erzberger führt den Titel **„die politische Erzhure von Buttenhausen"**. Ein andermal wird er schlichter **„der Dumpenhund"** genannt. Der Artikel schließt mit der Ankündigung der **„nationalen Revolution"**, welche die Wirth-Gesellschaft austreiben werde.

In einem Artikel gegen unser Münchener Parteiblatt zitiert der „Völkische Beobachter" mit Behagen, was er in einer früheren Nummer geschrieben hat. In dieser Nummer wurden die Reichsminister **„Saujuden"** und **„Havelschlawiner"** genannt. Ferner hieß es in dieser früheren Nummer:

„Ochsenfiesel gibt's no grad g'nua, das Messerwetzen wird net gut zu verhindern sein, und **wenn Säu g'stoch'n wern**, hat sich bei uns alleweil schon alles g'freut."

In der neuen Nummer wird dem noch hinzugesetzt:

Daß die „Post" sich andauernd mit der „Ochsenfiesel" stelle beschäftigt, ist uns wirklich unangenehm.

Die Hintermänner der „Post" **werden sich doch nicht zu den „Säuen" rechnen, die bei der nächsten günstigen Gelegenheit g'stoch'n wer'n."**

Oder doch?

Das ist die christlich-germanische Gesinnung, die uns unter dem Schutz der Herrn Kahr, Pöhner, Escherich usw. blüht. An den Früchten sollt ihr sie erkennen.

Eine peinliche Interpellation.

Im bayerischen Landtage haben die Unabhängigen folgende Interpellation eingebracht:

Durch terroristische Gruppen werden seit längerer Zeit Attentate auf Abgeordnete des Bayerischen Landtages verübt, die im Falle des Abg. Gareis zum Morde geführt haben. Was hat die Staatsregierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden, oder was gedenkt sie in Zukunft zu tun?

Man darf mit Interesse der Antwort der bayerischen Staatsregierung entgegensehen. Die Beantwortung der Frage, was sie getan habe, um die unaufhörlichen Aufforderungen zum Meuchelmorde in den rechtsstehenden antisemitischen Kreisen zu unterbinden, dürfte allerdings schwer fallen, und wenn Herr v. Kahr den gleichen Mut wie sein Vollzugsorgan Polizeidirektor Pöhner besitzt, so müßte er die Frage mit einem uneingeschränkten „Nichts" beantworten. Diesen Mut wird jedoch die bayerische Regierung nicht aufbringen, und so wird als Antwort eine gewundene Erklärung erfolgen, wie wir sie aus den bayerischen Auslassungen der letzten Zeit nachgerade gewohnt sind. Um so schärfer werden die beiden sozialistischen Fraktionen auf eine befriedigende Antwort der Frage zu dringen haben, was in Zukunft dem ungehinderten Mordtreiben der bayerischen Verschwörerclique gegenüber geschehen soll.

Die Fraktion der USP. hat an das Präsidium des Landtages einen Antrag gestellt, sobald als möglich das Plenum einzuberufen und die Interpellation auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen.

Am Dienstag nachmittag hat sich die sozialdemokratische Fraktion versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Wie gemeldet wird, besteht die Absicht, die Ermordung des Abg. Gareis zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion zu machen.

Grauenhafte Zahlen.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gibt soeben eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Zeit vom 1. Mai 1920 bis zum 1. Mai 1921 heraus. Danach wurden am 1. Juni 1920 die niedrigsten Zahlen festgestellt. An diesem Stichtage gab es 271 660 Vollerwerbslose, während sie im Monat vorher die Höhe von 292 307 erreicht hatte. Vom Juni 1920 ab schnellte dann die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe. Schon der Monat Juli brachte 322 923 Erwerbslose und im August waren es bereits 403 895. Im September waren es zirka 9000

mehr. Von da ab bis zum 1. Dezember 1920 war die Arbeitslosigkeit in Abnahme begriffen. An diesem Tage wurden 350 087 Arbeitslose Personen in Deutschland gezählt. Die Hoffnung, daß diese Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Winters weiter unter diesen Stand sinken würde, hat sich leider nicht bestätigt. Schon im Dezember selbst nahm die Zahl der Arbeitslosen um 15 000 zu. Am 1. März d. J. hatte sie die höchste Stufe mit 428 939 erreicht. Aber selbst die dann einsetzende wärmere Witterung mit der damit verbundenen Belebung des Baumarkets und die Beschäftigung von 200 000 Menschen mit Notstandsarbeiten vermochte nicht die Zahl der Erwerbslosen bis zum 1. Mai unter die zu Beginn des Winters erreichte Höhe herabzudrücken. An diesem Tage waren zirka 50 000 Erwerbslose mehr gezählt worden, als am 1. Dezember 1920, nämlich 400 007. Dazu kamen 440 377 Unterstützungsberechtigte (Familienangehörige) der Vollerwerbslosen, sodaß am 1. Mai 840 474 Personen vom deutschen Reiche wegen ihrer oder ihrers Ernährers Erwerbslosigkeit unterstützt werden mußten. In der Zeit vom 1. April bis 1. Mai d. J. mußten für Unterstützungszwecke 119 943 816 Mark gezahlt werden.

Der Kampf um den Aufsichtsrat.

Während der letzten Tagung des Reichswirtschaftsrats hat ein wichtiger zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführter Kampf seinen Abschluß zugunsten der Arbeiter und Angestellten gefunden, und es ist so gut wie sicher, daß der Reichstag mit großer Mehrheit die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats zum Gesetz erheben wird.

Die am meisten umstrittene Bestimmung des Gesetzentwurfes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, die festlegt, daß auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gleichen gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten, wurde angenommen. Dieser Bestimmung des Gesetzentwurfs hatte der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats zugestimmt, während die Arbeitgeber den im Ausschuß gescheiterten Versuch in der Plenartagung des Reichswirtschaftsrats wiederholten, ihr eine Fassung zu geben, die diese Gleichberechtigung aus der Welt schaffen sollte. Sie beantragten nämlich, daß die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsratssitzungen lediglich die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten hätten. Sie sollten dementsprechend auch nur zu denjenigen Sitzungen des Aufsichtsrats eingeladen werden, in denen diese Gegenstände behandelt würden. Diese merkwürdige Auffassung der Arbeitgeber wurde nicht nur von den Arbeiter- und Angestelltenvertretern des Reichswirtschaftsrats auf das lebhafteste bekämpft; auch die Vertreter der Abteilung 3 des Reichswirtschaftsrats wiesen auf die Kurzsichtigkeit dieser Haltung der Arbeitgeber hin. Besonders war es der seit Jahrzehnten als Vorkämpfer der bürgerlichen Sozialbewegung bekannte Professor Francke, der in eindringlichen Worten den Arbeitgebern die Unklugheit ihrer Stellungnahme vor Augen führte. Durch die Haltung der Abteilung 3, die sich mit geringen Ausnahmen entschlossen hatte, gegen den Antrag der Arbeitgeber zu stimmen (der dann im Falle der Abstimmung mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt worden wäre) gelang es, die Arbeitgeber zur Zurückziehung ihres Antrages zu bewegen.

Hierdurch hat die seit Monaten heiß umstrittene hauptsächlichste Bestimmung des Gesetzentwurfes eine Erledigung gefunden, die einen Sieg der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmer bedeutet.

Sowjetrußland.

Die rote Armee in Sibirien auf dem Rückzug.

Reval, 13. Juni. Aus Moskau wird uns gemeldet: Den antibolschewistischen Armeen, die auf allen Fronten im Vormarsch sind, haben sich zahlreiche rote Truppenteile angeschlossen. Die Truppen des Generals Kappelt haben nach kurzem Kampf Chararowsk genommen. Da auch im Rücken der roten Truppen Aufstände und Meutereien ausgebrochen sind, ist die Lage der bolschewistischen Armee äußerst ernst. Einzelne Teile werden gegen die chinesische Grenze gedrückt. Nach Meldung der Petersburger Krasnoja Gazeta unterstützen japanische Truppen die antibolschewistischen Operationen.

Rußlands Konzessionen.

Paris, 12. Juni. Der Mitarbeiter des Petit Parisien hatte in London eine Unterredung mit Krassin. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung sprach sich auch über die Konzessionsfrage aus. Bis jetzt, sagte er, bestanden die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zum Ausland ausschließlich in einfachen Käufen. Er schätzte die Kontrakte mit England auf 5 Millionen englische Pfund, mit Schweden auf 50 Millionen Kronen, mit Deutschland auf 3 Milliarden Mark und mit Amerika auf 10 Millionen Dollar. Aber Rußland ziehe es vor, sich auf den Weg der Konzessionsgeschäfte zu begeben. Der russische Export wurde erst in ganz kleinem Maßstabe wieder aufgenommen. Von einer Wiederherstellung des Privateigentums könne nicht die Rede sein.

Erklärungen Wigdor Kopps.

Riga, 14. Juni.

Bei seiner Durchreise nach Berlin sagte Wigdor Kopp dem Korrespondenten der „Dena": Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie den Vertrag mit der Sowjetregierung abschloß, diese als die einzige legale Vertretung des russischen Volkes anerkannt. Diese Anerkennung ist zwar keine neue Tatsache, sondern bedeutet vielmehr die Anknüpfung an eine früher bereits betriebene Politik. Der Vertrag räumt Rußland alle Rechte ein, die nötig waren, um seine Beziehungen zu Industrie und Handel Deutschlands auf feste rechtliche Grundlagen zu stellen. Andererseits stellt der Vertrag für alle deutschen Bürger, die mit Rußland Handel treiben, hinreichende Garantien sicher. Freilich muß man beachten, daß der vorliegende Vertrag nur den Rahmen abgibt für Verträge mehr untergeordneter Natur, die Fragen des Erbschafts- und des Handelsrechts regeln. Krassins Ausspruch: Ein Handelsvertrag ist noch kein Handel," galt umgekehrt von Deutschland, da schon vor dem Abschluß des Handelsvertrages die wirtschaftliche Anziehungskraft beider Länder ihre eigenen Kanäle suchte und Rußland der deutschen Industrie für viele Millionen Mark Aufträge erteilte.

Der Prozeß Hölz.

Erregte Szenen.

In der Dienstag-Nachmittagssitzung verlor Hölz seine Ruhe. Eine Reihe Zeugen hatten die Gewalttaten geschildert, mit denen er vorgegangen war. Nach der Darstellung von Hölz wären das Notwendigkeiten gewesen, die einem politischen Zweck dienen sollten. Er habe durch diese Akte, durch Brandstiftungen und Sprengungen, eine Druck ausüben wollen, um die Zurückziehung der Sipo zu erzwingen und Blutvergießen zu verhüten. Die Sipo sei unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung zu schaffen, zu einer Zeit eingesetzt worden, wo in den betreffenden Orten Ruhe und Ordnung bestand. Hier bemächtigte sich der aus Eisleben, Helbra und Hettstedt erschienenen Zeugen eine bittere Heiterkeit, in die auch ein Teil der Zuhörerschaft einstimmte. Hölz geriet in Erregung darüber, daß man den Grundgedanken seiner Verteidigung nicht glauben wollte. Obwohl der Vorsitzende die Heiterkeitsäußerungen sofort gerügt hatte, wandte auch Hölz sich noch an die Lacher mit einer verweisenden Ansprache. Um den ihn unterbrechenden Vorsitzenden kümmerte er sich nicht viel.

•

Zunächst wurde der Zigarrenhändler Beier vernommen. Der Zeuge erklärt: Eines Nachts erschienen zwei Leute in meinem Geschäft und verlangten 2000 Zigarren und mehrere tausend Zigaretten, natürlich ohne Bezahlung. Da ich offenen Widerstand nicht leisten konnte, vertröstete ich sie auf den nächsten Tag und erreichte auch, daß sie mein Haus verließen. Kurz darauf wurde gegen meinen Laden eine Anzahl Schüsse abgefeuert. Am nächsten Tag kam Max Hölz zu mir und behauptete, ich hätte auf seine Genossen mehrere Schüsse abgegeben. Er durchsuchte nicht nur meine Wohnung, sondern auch mich selbst und fand bei mir einen Revolver. Voller Wut schlug er mit der Waffe auf mich ein und durchstöberte dann alle Stuben. Ich versuchte Hilfe herbeizurufen, erhielt aber leider keine Unterstützung. Auf Umwegen kehrte ich nach Hause zurück und mußte mit ansehen, wie Hölz in unsinniger Weise umhertobte und mit dem Revolver um sich schoß. Eine Kugel schlug bei meinen Kindern zwischen den Füßen meines Sohnes ein, zwei andere Kugeln feuerte er in die Stube, wo meine Eltern saßen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt

Die beiden folgenden Zeugen, Bergmann Werner und Steinhoff, bekunden übereinstimmend, sie seien von der Hölzschen Bande zum Dienst gepreßt worden. Werner will gehört haben, daß Hölz in Hettstedt eine Villa, die Post und Bahnanlagen sprengte. Steinhoff erklärte noch, daß Hölz nach der Sprengung der Post sechs Mann zur Plünderung dorthin entsandt habe.

Als letzter Zeuge wurde dann noch der Kaufmann Ludwig aus Hettstedt vernommen, der in ausführlicher Weise über die Sprengung seines Hauses, in dem sechs Familien wohnten, berichtete. Spät abends sei ein Mann zu ihm gekommen, der erklärte: Wir sprengen jetzt Ihr Haus, verlassen Sie mit Ihrer Familie schleunigst die Zimmer. Alle Vorstellungen, daß sechs Familien dadurch obdachlos würden, hätten nichts genutzt. In unmenschlicher Weise vertrieben die Eindringlinge die Bewohner und sprengten dann das Haus in die Luft. Der entstandene Schaden betrug 220 000 Mk. Alle Familien mußten mit den Kindern in den Keller flüchten, wo sie die Nacht verbrachten. — Vors.: Was sagen Sie dazu, Hölz? — Hölz: Es ist alles richtig. Ich selbst habe das Haus, eine Druckerei und die Post gesprengt. Es war taktisch notwendig.

Zu außerordentlich bewegten Szenen, bei denen selbst der Angeklagte seine sonst zur Schau getragene kalte Ruhe verlor, kam es, als auf Antrag des Rechtsanwalts Hegewisch nochmals der Zeuge Zigarrenhändler Beier vernommen wurde. — Hölz: Ich möchte hier zu den Sprengungen in Hettstedt noch prinzipiell eine Erklärung abgeben. Diese Sprengungen sollten einen Druck auf die bessergestellten Klassen und auf die Sipo ausüben, um sie zum Verlassen des Ortes zu zwingen. Ich habe mit diesen Gewaltakten doch unbestreitbar große Erfolge gehabt. Und schließlich war es immer noch besser, wenn ein paar Häuser kaputt gingen, als wenn Menschenblut fließen mußte. Selbstverständlich konnte weder ich noch ein anderer vorher wissen, ob der von mir angewendete Druck auf die Bürger und die Sipo auch den gewünschten Erfolg haben werde. — Staatsanwalt Jäger: Sie mußten sich doch aber sagen, daß diese Schandtaten die Sipo nun erst recht zu energischem Eingreifen veranlassen würde. — Hölz: Das ist es ja eben. Die Sipo brauchte doch nicht dort einzugreifen, wo Ruhe nd Ordnung war. — Auf diese Worte des Angeklagten erhebt sich im Zuschauerraum, und besonders auf den Zeugenbänken, ein außerordentlich lebhafter Protest. — Vors. (zum Publikum): Ich verbitte mir jede Gefühlsäußerung. — Hölz dreht dem Gericht den Rücken und spricht zu den Zeugen und Zuhörern: Durch Ihr Lachen zeigen Sie mir, daß Sie anderer Ansicht sind. Aber das ist mir vollkommen gleichgültig. Ich . . . Vors.: (in höchster Erregung): Ich verbitte mir ein für allemal, daß Sie sich in eine Diskussion mit den Zeugen und den Zuhörern einlassen. Sie haben sich nur dem Gericht gegenüber zu verantworten — Hölz (ebenfalls sehr erregt): Wenn ich rede, dann rede ich eben. Wer hat denn die Ordnung in Mitteldeutschland gestört? Wir haben dem Proletariat bewiesen, daß lediglich die Sipo es gewesen ist, die überall dort, wohin sie kam, Verwirrung angerichtet hat. — Rechtsanwalt Hegewisch (aufspringend): Der größte Teil des Publikums in diesem Saal hat soeben gegen Hölz Stellung genommen. Das ist die Folge davon, daß in diesem Saal nur die Vertreter der besitzenden Klassen sich befinden. Wären auch Arbeiter da, hätte das Publikum eine derartige Haltung zu zeigen nicht gewagt. — Hölz: Vor Vertretern des Proletariats hätte das Gericht es nicht gewagt, derart gegen mich vorzugehen. Sie behandeln mich auch nur deshalb in dieser Weise, weil Sie sich auf eine ausgedehnte bewaffnete Macht stützen. Wären Arbeiter hier . . . . Vors.: (unterbrechend): Wir fürchten uns vor niemand, Hölz, merken Sie sich das.

Darauf wurde die Sitzung auf Mittwoch früh vertagt.

Volkswirtschaft.

Kapitalistische Wirtschaftsanarchie.

Die landwirtschaftlichen Anbauflächen hungern nach Kali. Die Landwirtschaft könnte unendlich mehr Lebensmittel erzeugen und die deutsche Republik viel unabhängiger von der belastenden Lebensmitteleinfuhr machen, wenn die Kalipreise noch erschwinglich wären. Nicht daß wir nicht genug Kali hätten — im Gegenteil, wir ersticken im Kaliüberfluß. Zehntausende von Kaliarbeitern machen Feierschichten, Zehntausende feiern ganz und verfallen der Arbeitslosenunterstützung. Der Auslandsabsatz an Kali stockt ganz, der Inlandsverbrauch ist stark zurückgegangen. Den Arbeitern wurde durch Schiedsspruch im Herbst eine bescheidene Lohnerhöhung zugebilligt, die bis heute noch nicht zur Auszahlung kam, obwohl die Kalipreise um 35 Prozent, und als diese die Kaliinteressen nicht befriedigte, um 50—55 Prozent erhöht wurden, während die Werksbesitzer 70 Prozent forderten. Die Löhne sind also nicht schuld an den hohen Preisen, und die hohen Preise nützen den Unternehmern nichts, weil sie den Absatz unmöglich machen. Und was das Verrückteste ist, die hohen Preise und der Absatzmangel rühren daher, daß wir viel zu viel Kalischächte und Kaliwerke haben. Der vierte Teil der heute betriebenen Werke könnte viel mehr, und vor allem viel billigeres Kali liefern, als heute die Gesamtheit der betriebenen Werke. Obwohl wir für die heute notwendige Kalimenge über 100 Schächte zu viel im Betrieb haben, sind noch 64 Schächte im Abteufeln begriffen und erhoffen eine Beteiligungsquote. Eine große Anzahl der betriebenen Werke könnte das Sechs- bis Achtfache der ihnen zugewiesenen Beteiligungsquote produzieren. Sie müssen heute aber die kostspielige Betriebsmaschinerie fast leer laufen lassen, während zahlreiche neue Schächte abgeteuft werden. Und die Verbraucher zahlen die ungeheure Zeche eines an Wahnsinn grenzenden Wirtschaftssystems, dessen Nutznießer jedoch jede gemeinwirtschaftliche Maßnahme als Sozialisierungsexperiment wütend befehden.

Was zur Gesundung der Kaliindustrie notwendig ist, ist die unbarmherzige Stillegung überflüssiger, aus spekulativen Motiven erbauter Werke, und zwar die Stillegung ohne den Entschädigungshunger der Spekulanten zu befriedigen. Denn wir haben seit mehr als 20 Jahren viel zu viel Kaliwerke, aber die Spekulanten ließen sich auch durch die Kaligesetze seit 1910 nicht abhalten, Volksvermögen in nutzlosen Anlagen zu verpuffen und Arbeiter an sich zu fesseln, die bei der Ueberproduktion auf die Straße gesetzt werden. Ihre Pläne liefen mindestens im letzten Jahrzehnt auf die Schröpfung der Verbraucher hinaus. Darf man da erwarten, daß diese eine ungeheure Entschädigungslast auf sich nehmen sollen?

Die Kaliinteressenten sehen selbst ein, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Sie sind erbötig, 30 Werke freiwillig stillzulegen, um der notwendigen Zwangsstillegung zuvorzukommen. Aber, nun kommt der Pferdefuß, den stillegenden Werken soll das Recht gegeben werden, ihre Beteiligungsquote auf 30 Jahre abzutreten. Mit anderen Worten: die bankerotten Werke sollen das Recht haben, auf 30 Jahre denselben Nutzen aus dem Fettopf der Volksgemeinschaft zu ziehen, wie die produzierenden Werke. Als ob wir nicht schon hinreichend unproduktive Kostgänger hätten! Der durch eigene Schuld verkrachte Spekulant soll auf 30 Jahre hinaus ein erkleckliches Profitchen ziehen dürfen aus der Uebertragung der Beteiligungsquote. Das wäre vollendeter Wahnsinn.

Wenn auf irgendeinem wirtschaftspolitischen Gebiet, so wäre hier der gemeinsame Widerstand der Landwirte und der Arbeiterschaft geboten. Aber die Nutznießer sitzen in allen bürgerlichen Parteien und machen sie mobil gegen jeden vernünftigen Sozialisierungsgedanken. Zu den Rechtsparteien laufen viele Fäden aus dem Kalisyndikat, und das Zentrum wird von Herrn Rechberg, die Demokraten von Herrn Geheimrat Kempner an der Strippe gehalten, dieweil die sozialistischen Parteien ihre Kräfte verzehren im gegenseitigen Kampfe.

Uebrigens: Das Geschrei im bürgerlichen Lager wollten wir hören, wenn ein sozialisierter Industriezweig in seinen Wirtschaftsergebnissen auch nur einen winzigen Bruchteil des Fiaskos herbeigeführt hätte, wie hier ein hochkapitalistischer. Unbeschadet des Geschreis der Spekulanten aber gibt es in der Kaliindustrie kein anderes Hilfsmittel als die Sozialisierung. Selbst auf die Gefahr hin, daß sie ihre Drohung wahrmachen und nach dem Elsaß und nach Spanien auswandern, wenn die Sozialisierung kommt. —th.

Gasfernversorgung.

Den Wenigsten wird bekannt sein, daß seit Jahren in mehreren Bezirken Deutschlands die Versorgung mit Gas auch für weit abliegende Orte von einem besonders günstig gelegenen zentralen Punkte aus geschieht. Die Fernversorgung mit Elektrizität ist mehr bekannt. Bei der Gasfernversorgung handelt es sich heute schon um Leistungen, die den Leistungen der elektrischen Zentralen durchaus nicht nachstehen und deren Wirtschaftlichkeit erprobt ist. Die Gasfernleitungen hängen in der Regel mit großen Verkokungsanlagen von Kohlengruben zusammen. Danach wird das bei der Verkokung erzeugte Gas restlos nutzbar gemacht. Schon im Jahre 1916 wurden in Deuschland durch Gasfernleitungen 230 Millionen Kubikmeter Gas geliefert. Im folgenden Jahre waren es 275 Millionen Kubikmeter und im Jahre 1918 302 Millionen Kubikmeter Gas. Da die im Jahre 1918 in Deutschland durch Gaswerke überhaupt abgegebene Gasmenge 3,2 Milliarden Kubikmeter betrug, wurde also der zehnte Teil des gesamten deutschen Gaskonsums aus Fernleitungen bezogen, die ausschließlich an Kokereien angeschlossen waren. Eine große Fernleitung für Gas ist an die Koksöfen des Julius-Schachtes bei Waldenburg (Nd.-Schlesien) angeschlossen. Das Leitungsnetz ist über 50 Kilometer lang und versorgt die Hauptorte der Umgebung, einschließlich Schweidnitz, mit Gas. Noch bedeutender ist die Gasfernversorgung durch die Anlagen der Auguste Thyssen-Hütte in Hamborn, die neben verschiedenen Werken 44 Städte und Gemeinden mit Gas versorgt.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 15. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		15. Juni.	14. Juni.
Holland	100 fl.	2317.50	2327.50
Kopenhagen	100 Kr.	1192.50	1195.—
Stockholm	100 Kr.	1565.—	1567.50
Kristiania	100 Kr.	987.50	1002.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	110.—	114.50
Schweiz	100 Frs.	1172.50	1187.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	14.50	15.—
Budapest	100 K.	27.37	27.37
Prag	100 K.	98.50	96.25
Spanien	100 Pesetas	915.—	895.—
London	1 £	263.50	265.50
Paris	100 Frs.	559.—	562.—
Belgien	100 Frs.	559.—	562.—
Italien	100 Lire	357.—	360.50
Bukarest	100 Lei	—.—	106.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	70.25	71.12
do. briefl. Ausz. od. Scheck		69.87	70.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 15. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Wiborg	Siems	Hamburg	8	
D.		Dora	Albrecht	Malmö	6	
D.		Kathrine	Ohlsen	Frederikshaven	2	
D.		Otto Ippen 19	Peutz	Stettin	4	
D.		Rügen	Suple	Lauenburg	1	

Angekommen am 16. Juni 1921.

D.		Jennolur	Strindberg	Masnedlund		20
D.		Expreß	Davidsen	Korsör		14
D.		Malmö	Wolff	Malmö	1	
D.		Lübeck	Lundin	Gothenburg		15

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Körperschaftssteuer und Kapitalertragsteuer.

Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen zum Zwecke der ersten Veranlagung zur Körperschaftssteuer und zur Kapitalertragsteuer.

I. Die nach § 1 des Körperschaftssteuergesetzes der Körperschaftssteuer unterliegenden Steuerpflichtigen, die im Bezirke des Finanzamts Lübeck den Ort der Leitung oder, wenn der Ort der Leitung im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71 der Reichsabgabenordnung bestellten Vertreter oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden aufgefordert,

die Steuererklärungen für die Veranlagung zur Körperschaftssteuer

abzugeben.

Körperschaftssteuerpflichtig sind:

1. Die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften bergbautreibende rechtsfähige Vereinigungen und nicht rechtsfähige Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),
2. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. Sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechts, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen,
4. Juristische Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere kirchliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,
5. Nicht rechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckvermögen mit Ausnahme der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebes anzusehen sind.

Die Abgabe der Erklärung liegt ob:
bei juristischen Personen
den gesetzlichen Vertretern,
bei Personenvereinigungen und Zweckvermögen, die eigene Rechtsfähigkeit nicht besitzen, den Vorständen oder Geschäftsführern und soweit solche nicht vorhanden sind, den Mitgliedern oder Beteiligten (§§ 84, 86 der Reichsabgabenordnung).

Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte sind zur Abgabe der Erklärung nicht berechtigt.

Steht nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung die gesetzliche Vertretung nur mehreren Personen gemeinsam zu, so ist zur Abgabe der Steuererklärung die Mitwirkung der für die Gesamtvertretung vorgeschriebenen Anzahl von Personen erforderlich.

Zur Abgabe der Erklärungen sind die Personenvereinigungen und Zweckvermögen verpflichtet, deren Steuerpflicht am Tage des Inkrafttretens des Körperschaftssteuergesetzes (15. April 1920) bestanden hat.

Die Steuererklärungen müssen umfassen:

1. Das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1919 (§ 20 des Körperschaftssteuergesetzes).

2. Das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1920.

Für jedes nach dem 31. März 1919 abgelaufene Geschäftsjahr ist eine besondere Steuererklärung abzugeben.

Die Steuererklärungen sind in der Zeit

vom 15. Juni bis 15. August 1921,

soweit jedoch am 31. März 1921 der Geschäftsabschluß durch die zuständigen Organe (Mitglieder, Gesellschaftsversammlung) noch nicht festgestellt ist, binnen drei Monaten nach der Feststellung bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder zu Protokoll des Amtes im Dienstgebäude Fleischhauerstraße 20, Zimmer Nr. 7 abzugeben. Die Erklärungen sind mit der Versicherung abzugeben, daß die darin enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Einsendung der schriftlichen Erklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt Montags, Mittwochs und Freitags während der Geschäftsstunden von 9—12½ Uhr zu Protokoll entgegengenommen.

Der etwaige Geschäftsbericht (Jahresbericht) und Mitgliederversammlungsbeschluß sind anzuschließen.

Falls Bücher im Sinne des Handelsgesetzbuches geführt werden, ist eine Abschrift der unverkürzten Bilanz für das Geschäftsjahr 1919 einzureichen (§ 174 der Reichsabgabenordnung). Ist eine Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt, so ist auch diese beizufügen.

Liegen keine kaufmännischen Abschlüsse vor, so sind die sonstigen Rechnungen, Abschlüsse, Rechenschafts- oder Geschäftsberichte anzuschließen.

Aus der Bilanz oder den Erläuterungen soll klar hervorgehen, wie Gegenstände des Gebrauchs und Lagerbestände bewertet und welche Beträge darauf und auf zweifelhafte und uneinbringliche Forderungen oder sonst abgeschrieben worden sind.

Wenn Ausgaben für Anlagen als Unkosten gebucht sind, ist der Betrag in der Steuererklärung und in den Erläuterungen anzugeben.

Als Schuldposten dürfen Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gefälligkeitsakzepten und dergleichen in der Bilanz nur aufgeführt werden, wenn die Rückgriffsrechte berücksichtigt sind.

Die Vertreter des Steuerpflichtigen haben auf Verlangen die Richtigkeit ihrer Angaben nachzuweisen; sie können von dem Finanzamt und dem Steuerausschuß zur mündlichen Vernehmung vorgeladen und mit Genehmigung des Landesfinanzamts zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung über die von ihnen behaupteten Tatsachen angehalten werden.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung versäumt, kann mit Ordnungsstrafen zur Abgabe angehalten, auch kann dem Steuerpflichtigen ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 Abs. 2 und § 202 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung).

Wer die Körperschaftssteuer hinterzieht oder zu hinterziehen versucht, oder wer eine derartige Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft, wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß für die nach dem 31. März 1921 abgelaufenen Geschäftsjahre die Steuererklärungen binnen zwei Monaten nach Zustellung des Steuererklärungsvordrucks, wenn jedoch ein Vordruck nicht zugestellt wurde, binnen drei Monaten nach Ablauf des Tages, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluß) von den zuständigen Organen festgestellt wurde, abzugeben sind.

II. Die unter I. 1 bis 4 genannten körperschaftssteuerpflichtigen Personenvereinigungen und Zweckvermögen werden aufgefordert, gleichzeitig mit der Körperschaftssteuererklärung die auf Grund der Verordnung vom 3. Juni 1921 über die Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 41) vorgeschriebene

Kapitalertragsteuererklärung

abzugeben.

Die Steuererklärungen müssen umfassen folgende in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 fällig gewordenen Erträge:

1. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel, soweit es sich um Kapitalanlage handelt.
2. Alle Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen (auch aus Wertpapieren).

Gleichzeitig sind zum Zwecke der Nachprüfung einer richtig vorgenommenen Besteuerung die in der genannten Zeit fällig gewordenen Kapitalerträge der in § 2 Nr. 1, 4 bis 6 des Kapitalertragsteuergesetzes bezeichneten Art (Zinsen von Hypotheken, sonstige Forderungszinsen, auch aus Warenforderungen usw.) anzugeben. Grundsätzlich sind hier der einzelne Zinsbetrag und der Name des betreffenden Schuldners gesondert aufzuführen. Bei Steuerpflichtigen, welche Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen, genügt es jedoch, wenn die in der genannten Zeit fällig gewordenen Zinsen in einer Summe ohne Nennung des Namens der einzelnen Schuldner angegeben werden und ferner eine Erklärung darüber abgegeben wird, ob die genannten Zinsen versteuert sind oder nicht.

Lübeck, den 15. Juni 1921. (3022

Das Finanzamt.

Extra-Angebot
während der
Serien-Tage.

Prima Zephir	einfarbig und gestreift 70 cm breit, 1½ m	19.50
Blaudruck	ca. 100 cm breit, doppelseitig bedruckt Ia. Qualität m	19.50
Schürzenstoff	Ia. Wiener Leinen 116 cm licht-, luft- und waschecht m	19.50
Mousseline	in baumwoll, dunkel und mittelfarbig 1½ m	19.50
Ia. Kadett	für Waschblusen weiß, blau, gestreift m	19.50
Weiß Pique	für Nachtjacken 80 cm breit 1½ m	19.50
Gestreift Bettinlett	für Unterbetten 120 cm breit m	29.50
Wiener Leinen	90 cm breit, gute Qual. in gestr. Dessins 2 m	29.50
Cachemir-Strümpfe	für Damen engl. l. reine Wolle Paar	19.50
Baumw. Stümpfe	mit doppelter Sohle u. Hochferse Paar	9.50
Herren-Socken	schwarz und braun, Doppelspitze und Ferse	9.50
Herren-Socken	grau mit verst. Spitze und Ferse 2 Paar	9.50
Herrenhemden	Halbleinen grobfädige Qualität	49.50
Normalhemden	helle Ware in allen Größen	29.50
Herren-Unterhosen	Ia. Qualität in allen Größen	29.50
Normal-Unterhosen	weiche helle Ware Größe 4—6	19.50
Herren-Einsatz-Hemden	Macco imit. in versch. Farben	29.50
Eleg. Damen-Untertaillen	aus gutem Hemdentuch	9.50
Korsettschoner	weiß gestrickt gute Qualität	9.50
Damen-Schlüpfer	Ia. Trikot in vielen Farben	19.50
Stickerei-Hemden	gute Qualität reich garniert	29.50
Echt rot Bettinlett	gar. federdicht 140 cm breit m	49.50
Gestr. Bett-Satin	gute Qualität 140 cm breit m	39.50
Hemdentuch	für Leibwäsche ca. 80 cm 4-m-Coupon	39.50
Halbleinen	für Bettlaken 140 cm breit m	29.50
Rohnessel	schwere Ware ca. 80 cm breit m	9.50
Sportflanell	für Blusen und Hemden m	9.50
Servier-Schürzen	weiß mit Stickerei und Einsatz	19.50
Damen-Schürzen	weiß, prima Wäschetuch mit Volant	29.50
Damen-Schürzen	farbig, Wiener Leinen in Blusen- u. Wienerform	29.50
Stickerei-U.-Röcke	aus gutem Wäschetuch mit breitem Volant	39.50
Wasch-Unterröcke	in Drell und Wiener Leinen	39.50
Wasch-Unterröcke	aus Ia. gestr. Waschstoffen	49.50
Damen-Korsetts	in Köper und Drell mit Spitzen garniert	39.50
Zipfelmützen	in allen modernen Farben gute Qualität	9.50
Wäsche-Stickerei	in tadellosen Ausführ. ca. 4 cm breit, 4,60 für	9.50
Feudel	reine War, 50×70 cm, feste Qualität 4 Stück	9.50
Fertige Handtücher	weiß Gerstenkorn gesäumt	9.50
Bettvorleger	Perser imit. in hübschen Farben, 45×90 cm	39.50
Fert. Bettlaken	prima Haustuch 120×225 cm	49.50
Damen-Sportblusen	in Flanell u. Zephir mit Falten, garn.	49.50
Damen-Hüte	eleg. garniert, in Tagal u. Bastgeflecht	49.50

Hans Struve Lübeck, Königstr. 87-89. Ecke Wahmstr.
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe. 3017

Konkurrenzlos billig!
Maurerlederhose . . . 85,—
starke Manchesterhose 180,—
prima feldgr. Hose 125,—
starke gestr. Pilothose 75,—
gute gestr. Bukskinhose 75,—
prima Leinenkajen . . 45,—
Sommerjoppen . . . . 55,—
Elegante Anzüge 195.— bis 780.— Mk.
Kaufhaus **Franz Wehrendt,** Balauerfohr 85. (8029

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8002
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. R.-Sparv. Lubeca

Rein. weiß. Schmalz ℔ 10.50
Dän. Flom. „ „ 9.50
Palmin . . . . . „ 11.—
Talg . . . . . „ 7.25
ff. Margarine 7.50 8.50 9.50
Tafel-Margarine . ℔ 12.—
Feinste Meiereibutter „ 19.50
Kunsthonig . . . . „ 4.20
pikant. Käse . . ℔ 7 bis 10
Fr. Weingärtner,
3026) Johannisstr. 3.

Hansa-Theater
Heute Donnerstag
8 Uhr. 8 Uhr.
Zum vorletzten Male mit den unzählbaren Lachsalven
Der verjüngte Adolar. 3030
Sonnabend, den 18. Juni
— Erstaufführung —
im Hansa-Theater:
„Die Scheidungsreise".

Einladung zum
Stiftungsfest
der
Freiwilligen Feuerwehr Seeretz
am Sonntag, 19. Juni,
im Lokale des Kameraden
3020) E. Cordts.
Anfang 7 Uhr.

Salzheringe
in jeder Preislage
Anchovis — Rollmops
Fischkonserven aller Art
billigst. (3004
Fischversandhaus „Möve"
Kl. Burgstr. 6.
Wiederverk. Engros-Preise.

Harzer
(reifer)
Pfund Mk. 4.00
W. Preitin
Schwönetengquerstraße 15.

Achtung!
Eine frische Sendung 3023
Dän. Schweinsköpfe
mit voller Fettbacke eingetroffen. Pfund Mk. 6.00.
Markthalle. Verkaufstage Freitag und Sonnabend.

Bettwäsche
außergewöhnlich billig!
Bezüge, weiß 99.50, 89.50, 68.50
Bezüge, bunt . . . . . 112.—, 78.50
Laken, voll, groß . . . . . 64.50, 55.—, 45.—
Kissen 19.50, 14.90
Damastbezüge, neue Blumenmuster . . . . . 155.—
Hermann Libnau,
Schwartauer Allee 53. (3018

Das Thema
im Vortrag
Sparsames Kochen und Heizen
am Freitag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr
und Sonnabend, 18. Juni, nachm. 5 u. abends 8 Uhr
im gelben Saale des Stadttheaters
behandelt folgende Punkte:

1. **Wie ist es möglich** mit 1 Zentner Brennstoff genau dasselbe zu kochen, wie sonst in der gleichen Zeit mit 6 Zentnern?
2. auf einer Flamme gleichzeitig die ganze Mittagsmahlzeit, aus 3 Gerichten bestehend, garzukochen und an Gas dabei noch 60 % zu ersparen?
3. 2½ resp. 3 Liter Wasser ohne besondere Feuerung zum Kochen zu bringen?
4. schwer heizbare große Räume (Restaurants, Säle, Bureaus, Läden usw.) angenehm zu erwärmen und trotzdem Kohle zu ersparen?
5. mit 1 kg beliebiger Brennstoffe in ca. 5 Min. ein warmes Zimmer zu haben?
6. ohne große Kosten in jeder Notwohnung Kochgelegenheiten zu schaffen?
7. auch beim Gaskocher eine größere Menge Wasser nebenbei auf der Kochflamme zum Kochen zu bringen?
8. aus allen sonst nutzlos fortgeworfenen Abfällen Briketts von ganz ausgezeichneter Heizkraft herzustellen?

Broschüren sind gratis zu haben.
Eintritt frei! (3000) Eintritt frei!

Beilage zu Nr. 138
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 16. Juni 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 16. Juni.

Das neue Beamtenbesoldungsgesetz

wird vom Senat der Bürgerschaft unterbreitet. Auf Beschluß der Bürgerschaft wurde im September v. Js. ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt, der die gesamte Beamtenbesoldungsfrage regeln sollte. Die Arbeiten dieses Ausschusses haben sich, wie in dem Bericht des Senates ausgeführt wird, überaus schwierig gestaltet, da zahlreiche Eingaben der Beamten und ihrer Vertretungen sowie mit den Behörden und Unterkommissionen zu pflegen waren. Jetzt liege jedoch die Notwendigkeit rascher Verabschiedung des Gesetzes vor. Die Nachprüfung sollte bereits am 1. Januar 1921 vollendet sein, der Termin ließ sich aber hier ebensowenig einhalten wie in anderen Ländern. Zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung ist die Frist durch Reichsgesetz und Bundesratsbeschluß auf den 24. März resp. bis zum 24. Juni 1921 verlängert worden. Eine weitere Hinausschiebung der Frist hat der Reichsfinanzminister bündig abgelehnt. Das Gesetz muß also bis zu diesem Tage verabschiedet werden und beim Reichsfinanzminister eingereicht sein. Der Senatsbericht fährt fort: Läßt der Zwang dieser Umstände es an sich dem Senate schon geboten erscheinen, davon abzusehen, etwaige Wünsche auf Abänderung der ihm entgegengebrachten Vorlage in diesem oder jenem Punkte geltend zu machen, so erscheint ihm dies um so weniger bedenklich, als die **Vorlage des Ausschusses ein in allen Einzelheiten sorgfältig erwogenes Ganzes darstellt,** bei dem, wie der Bericht des Ausschusses mit Recht hervorhebt, Aenderungen an einer Stelle Aenderungen an anderen herbeiführen müßten und den einheitlich gestalteten Aufbau des Besoldungswerkes gefährden würden.

Wesentlicher als diese Beschränkungen in der Kritik der Vorlage in ihren Einzelheiten erscheint es dem Senate, daß es nicht angängig war, den Bericht des Ausschusses vor seiner Weiterleitung an die Bürgerschaft der Finanzbehörde zu unterbreiten. Würde diese voraussichtlich sich auch kaum veranlaßt gesehen haben, Abänderungen der Besoldungsordnung in Einzelheiten zu beantragen, da sie damit die Arbeit des Ausschusses fast von neuem hätte beginnen müssen, so hätte sie doch zu der so hoch bedeutsamen Frage der Deckung in unmittelbarem Zusammenhange mit der Vorlage selbst sich äußern und ihre Vorschläge machen können. Die Höhe der durch die Annahme der Vorlage erwachsenden Mehrkosten steht auch heute noch nicht fest, da die Berechnungen bei ihrem großen Umfang noch nicht haben abgeschlossen werden können. Der Senat wird jedoch deren Ergebnis der Bürgerschaft bei ihrer bevorstehenden Beratung mitteilen können.

So schwerwiegend nun aber auch die neue unserem Gemeinwesen durch die Vorlage erwachsenden Mehrkosten sein werden, so wird ihre Uebernahme sich doch in keinem Falle vermeiden lassen. Wie der Ausschuß in seinem Berichte ausgeführt hat, schließen sich seine **Vorschläge in allem Wesentlichen den durch die Besoldungsordnungen des Reichs, Preußens und der anderen Länder gegebenen Grundsätzen an.** Die danach sich ergebenden Besoldungen aber unseren Beamten vorzuenthalten, würde unter keinen Umständen angehen, solange Lübeck überhaupt in der Lage ist, die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen. Wo aber in einzelnen Fällen über jene Gehlatssätze hinausgegangen worden ist, die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen. Wo aber in stehen. Ueberdies sei darauf hingewiesen, daß das neue Besoldungsgesetz noch der Nachprüfung des Reichsfinanzministers unterliegt, dem nach § 5 des mehrfach angezogenen Reichsgesetzes das Recht zusteht, gegen Vorschriften, die nach seiner Auffassung eine günstigere Regelung vorsehen als nach jenem Gesetze zulässig ist, binnen 4 Wochen nach der an ihn erfolgten Mitteilung Einspruch zu erheben.

Muß der Senat unter den angeführten Umständen auch ohne gleichzeitige Deckungsvorschläge die Vorlage des Ausschusses an die Bürgerschaft weiterleiten, so hält er sich doch für verpflichtet, schon jetzt mit allem Nachdruck zu erklären, daß er es für unumgänglich erforderlich ansieht, soweit dies irgendwie möglich ist, für die entstehenden Mehrkosten einerseits durch Erhöhung der Staatseinnahmen, andererseits durch Ersparungen auf Grund einer weitgehenden Vereinfachung der Verwaltung einen Ausgleich zu finden. Mit diesem ausdrücklichen Hinweise stellt er daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: Sobald die Neuregelung der Beamtenbesoldung endgültig verabschiedet sein wird, wird der Senat ungesäumt der Bürgerschaft auch eine Vorlage auf Bewilligung der Mittel, die nach dem die Besoldungsverhältnisse der Angestellten neu regelnden Tarifverträge erforderlich werden, entgegenbringen. Auch wird der Senat der Bürgerschaft baldigst eine Vorlage, betreffend die nach dem Vorgehen des Reichs, Preußens und anderer Länder notwendig gewordenen Abänderungen der Gesetze, die Pensionierung der Beamten betreffend, vom 28. Januar 1914, des Beamtenhinterbliebenengesetzes vom 4. Dezember 1909, des Gesetzes, die Versetzung der Senatsmitglieder in den Ruhestand betreffend, vom 28. Mai 1920 und des Gesetzes, die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Mitglieder des Senates betreffend, vom 12. Juli 1911 unterbreiten.

*

Ueber eine halbe Million Mark Staatszuschuß wird für die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit vom lübschen Staat gefordert. In dem Bericht der Vorsteherschaft des Vereins wird gesagt, daß trotz größter Sparsamkeit und 100prozentiger Beitragserhöhung ein erheblicher Fehlbetrag entstanden sei. Es werden Beiträge erbeten für die beiden Museen 330 185 Mark, für die Frauengewerbeschule 130 000 Mark, für die Kleinkinderschulen und Krippen 86 000 Mark und für die Speisung schlechternährter Schulkinder 20 000 Mark. Ferner für die Nachzahlung der erhöhten Gehälter an die Beamten und Angestellten der Beamten 62 351 Mark. Die Mehraufwendungen resultieren vor allem aus den steigenden Gehältern und Arbeitslöhnen. Es wurde auch eine Uebernahme der Frauengewerbeschule auf den Staat erwogen. Der Senat hält jedoch eine Verstaatlichung der Schule, besonders im Hinblick auf die damit verbundene höhere finanzielle Belastung, zurzeit nicht für angezeigt. Was die Kleinkinderschulen anlangt, so hat sich die Zahl ihrer Besucher sehr vermindert. Durch Zusammenlegung und Schließung von Schulen ist eine wesentliche Vereinfachung herbeigeführt worden. Es besteht nur noch die 1., 3. und 6. Kleinkinderschule, während die Anstalt in der Hartengrube nur als Krippe weitergeführt wird. Um die eigenen Einnahmen der Kleinkinderschulen und Krippen besser zu gestalten, hat die Gesellschaft eine Erhöhung des Schulgeldes um 100 vom Hundert durchgeführt. Noch höhere Sätze zu erheben, ist ihr im Hinblick auf die soziale Lage der betreffenden Mütter nicht tunlich erschienen. Den Zuschuß hat die Gesellschaft in ihrem Bericht vom 1. Dezember 1920 auf 50 000 Mark angenommen; unter dem 26. Januar 1921 hat sie jedoch mitgeteilt, daß die Armenbehörde bei Abgabe von Speiseportionen aus ihrer Küche vom Beginn des Rechnungsjahres 1921 ab die Selbstkosten in Rechnung stellen wolle und demgemäß die Portionen zum Preise von je 1,50 Mk. statt bisher 25 Pfg. berechne, wodurch für die drei noch bestehenden Kleinkinderschulen eine Mehrausgabe von insgesamt 27 200 Mark entstehe.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag abend 7 Uhr wichtige Fraktionssitzung im Rathaus. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Angekündigte Massendemonstrationen der Erwerbslosen.

Das „Hamburger Echo" veröffentlicht ein Rundschreiben des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands, in dem eine allgemeine Demonstration im Reiche auf Montag, den 20. Juni, festgesetzt ist. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Wie wir bereits schon mitteilten, sind die Demonstrationzüge vor die Gewerkschaftskartelle und Rathäuser zu führen, um Gewerkschaften und Gemeindevertreter zu zwingen, eine Erklärung abzugeben, wie sie sich zu den 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stellen und was sie zur Verwirklichung derselben zu tun gedenken. Speziell die Vorsitzenden der Gewerkschaftskartelle sind zum Sprechen zu zwingen. Genossen, wir ersuchen Euch noch einmal, bei dieser Aktion jeden Streit zu vermeiden und die erwerbslosen Massen nur als Erwerbslose zu behandeln. Vor den Demonstranten haben die Erwerbslosenräte das Arbeitslosenelend noch einmal eingehend aufzurollen, unter besonderer Berücksichtigung des Kinder- und Wohnungselends. Ferner ist das Arbeitslosenproblem im internationalen Maßstabe zu beleuchten und den Demonstranten klarzumachen, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaftsweise unfähig ist, ihr Elend zu beseitigen. Zum Schluß ist zu betonen, daß wir nicht für Sonderforderungen, sondern für die 10 Forderungen des ADGB. demonstrieren, welche von allen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften getragen werden. Hierbei ist auch auf die Mitgliederzahl (6 bis 12 Millionen) der Gewerkschaften hinzuweisen und den Demonstranten klarzumachen, daß diese Massen stark genug wären, ihre gerechten Forderungen zu erkämpfen".

Dieser Reichsausschuß der Erwerbslosenräte ist eine völlig unverantwortliche Zentrale, deren Führer in der deutschen Arbeiterbewegung unbekannt. Praktische Arbeit für die Erwerbslosen hat der Ausschuß bisher nicht geleistet. Zur Linderung der Notlage der Arbeitslosen hat er nicht einen Finger gerührt. Er will auch den Erwerbslosen in Wirklichkeit gar nicht helfen. Er beabsichtigt lediglich, die Erwerbslosen aus unlauteren Motiven heraus zu Handlungen zu veranlassen, die mit den wirklichen Interessen im schärfsten Widerspruch stehen. Er will sein „Ruhmesblatt", das er sich schuf durch das Arrangement der Demonstration vor dem Berliner Gewerkschaftshaus, im Deutschen Reich vermehren.

Von dem gesunden Sinn der hiesigen Erwerbslosen steht zu erwarten, daß sie sich **nicht durch unverantwortliche Hetzer zu deren offenkundigen Zwecken mißbrauchen lassen.** Denn die große Not der Erwerbslosen soll den kommunistischen Hintermännern nur für Propagierung ihrer Putschtaktik dienen. Die Erwerbslosen müssen sich der Worte des Kommunisten Dr. Paul Levi erinnern, der mit Recht darauf hinweist, daß jeder neue Putschversuch der Arbeiterschaft nicht einen Pfifferling nützt, und daß ein Putsch, wie er in dem Rundschreiben des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands vorgesehen ist, nicht wert ist, daß auch nur ein einziger Erwerbsloser hierfür einen Finger rührt.

*

Lübecker Schiffsverkehr im Mai 1921.

(Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes).

a) Seeschiffahrtsverkehr. Es sind im Hafen 135 Dampfer, 53 Segler und 3 Seeleichter, zusammen 196 (1920: 292) Handelsschiffe mit 81 849 (45 049) Reg.-To. Raumgehalt angekommen und 139 Dampfer, 56 Segler und 6 Seeleichter, zusammen 201 (261) Schiffe mit 83 104 (41 263) Reg.-To. Raumgehalt abgegangen. Beladen waren einkommend 122 Schiffe oder 62,2 % (88,7 %) und ausgehend 134 oder 66,7 % (54,8 %). Von den 397 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 81, auf Memel 1, auf russische Häfen 8, auf finnische 41, auf schwedische 89, auf norwegische 8, auf dänische 155, auf niederländische 1, auf spanische 2 und auf die Hochseefischerei 11. Dem Tonnengehalt nach entfielen auf inländische Häfen 15 301, auf Memel 225, auf russische Häfen 2 452, auf finnische 11 902, auf schwedische 13 823, auf norwegische 1 897, auf dänische 16 927, auf niederländische 98, auf spanische 1 262 und auf die Hochseefischerei 1 066 Tons. Die deutsche Flagge führten 302, die Danziger 2, die russische 2, die finnische 28, die schwedische 29, die norwegische 2, die dänische 31, die niederländische 1 Schiffe. Die eingebrachten Gütermengen beliefen sich auf 20 848 und die ausgeführten auf 22 782 Tons. Von der Gesamtladung kamen auf Deutschland 10 819, auf Memel 208, auf Rußland 1 055, auf Finnland 10 216, auf Schweden 12 343, auf Norwegen 1 068, auf Dänemark 4 751, auf Spanien 3 112 und auf die Hochseefischerei 58 Tonnen.

b) Binnenschiffahrtsverkehr. Auf dem Elbe-Trave-Kanal und auf der Trave verkehrten 135 (109) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 44 608 (26 596) Tonnen, die 14 349 (17 590) Tonnen Güter herbrachten und 5 010 (2 455) Tonnen Güter mitnahmen. Beladen waren einkommend 65 Schiffe oder 92,9 % (94,6 %) und ausgehend 28 Schiffe oder 43,1 % (57,1 %).

Ein schwerer Junge ist der Arbeiter und Artist Weise, der oftmals, u. a. mit Zuchthaus vorbestraft ist. Ihm werden nicht weniger als 12 schwere Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt, die er im Jahre 1918 in Lübeck ausgeführt haben soll. Er hatte sich am Mittwoch wegen dieser Straftaten und wegen eines Sittenverbrechens vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte, der in der Voruntersuchung die Diebstähle zugegeben hat, will sich dieser Straftaten nicht erinnern können, da er nervenkrank sei. Es sind 21 Zeugen geladen, die W. durchweg schwer belasten. Das Gericht hielt den Angeklagten in 5 Fällen des schweren Diebstahls für überführt und erkannte einschließlich der gegen ihn in Bremen erkannten Zuchthausstrafe von 3 Jahren auf 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Außerdem bleibt die in Bremen gegen ihn verhängte Polizeiaufsicht bestehen. Wegen des Sittenverbrechens hielt sich die Strafkammer nicht für zuständig, sondern verwies die Sache an das Schwurgericht.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

46. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Man kann Fremde niemals in großen Massen leiden. Früher waren wir ihnen auch verhaßt, jetzt, da wir in einzelnen Exemplaren kommen, ziehen sie uns den Italienern vor. Auch der italienische Strom wird einmal versiegen, dann kommen ihnen andere Kulis auf den Hals. Nein, nur das Unbedeutende, Ungefährliche erträgt man, und wir Deutsche sind ein winziges, harmloses Häuflein geworden."

„Also, was prophezeist du uns beiden für eine Zukunft?"

„Wir beide müßten uns schleunigst ein Billett kaufen und wieder nach Hause fahren. Du hast mich noch einmal aus dem Sumpf herausgezogen, aber in einem halben Jahre liegen wir beide drin."

„Glaubst du denn, daß du wieder so ans Trinken kommst?"

„Es ist ganz sicher, obgleich ich im Augenblick noch einen Abscheu davon habe."

„Ja, aber ob du zu Hause verkommst oder hier —"

„Das ist nicht egal. Zu Hause sitzt man in einem kleinen Nest, trinkt Bier und wird durch den allgemeinen Stumpfsinn aufrecht erhalten. Hier weht ein scharfer Wind, hier ist man allein mit seinem Saufen, hier sucht man immer noch schärfere Sachen."

„Es wird wohl darauf hinauskommen, daß es hier im schnelleren Tempo bergab geht. Und da würde ich Amerika vorziehen."

Zwei Tage nach dieser Unterhaltung ging der Doktor des Morgens fort und kam den ganzen Tag und auch während der Nacht nicht wieder. Es war fast Mittag, als er zurückkam.

Wittkamp wollte ihm bittere Vorwürfe machen, aber der Doktor lächelte nur.

„Du kannst den schlimmsten Rückfall kriegen!"

„Ich muß jetzt erst was schlafen — nachher teil ich dir etwas Wichtiges mit."

Nach diesen geheimnisvollen Worten legte er sich wirklich schlafen, und Wittkamp blieb zornig allein. Es schien also wieder loszugehen mit dem Menschen. Genau dieselbe Vertrottelung wie früher.

Als er den Doktor aus dem Keller gerettet, da war er ordentlich stolz gewesen, weil er wenigstens einmal etwas geleistet hatte. Und dann hatte er sich zu ihm hingezogen gefühlt, zu dem armen Kerl. Es tat ihm leid, daß er ihn selbst früher mit verhöhnt hatte. Schließlich waren sie doch auch jetzt bei dem Unglück Kameraden geworden.

Dann saß er den ganzen Tag über mit ihm zusammen, und sie erzählten sich ganz vernünftig, was sie früher erlebt hatten. Sie beschlossen, wenn der Doktor gesund war, dann wollten sie sich beide eine Beschäftigung suchen.

Wittkamp lachte bitter auf. Wann würde er doch einmal vernünftig werden.

Als am Abend der Doktor erschien, war er etwas stiller als morgens.

„Ich weiß, was du sagen willst, Wittkamp. Aber erinnere dich einmal, du hast mir erzählt, als deine Frau fortgegangen, da hättest du am liebsten gehabt, wenn alles drunter und drüber gegangen wäre. Es muß einmal ganz schlimm werden, damit man den Mut findet, sich herauszuarbeiten."

„Du aber vertrinkst dir das letzte bißchen Mut und den Schimmer von Verstand, den du noch besessen."

„Ich habe gestern nur einen letzten Versuch gemacht. Ich habe ein paar Glas Bier getrunken, um zu sehen, ob ich damit aufhören könnte. Also es ging natürlich nicht, und ich wußte schon gestern abend, daß ich in einigen Tagen meinen Platz in Barneys Kneipe und im Keller bei der Alten wieder einnehmen muß."

„Sehr schön!" sagte Wittkamp lachend. „Natürlich, wenn man sich selbst so etwas einredet!"

Bitte laß mich doch aussprechen. Weil ich aber nicht mehr in den Keller und in die Kneipe hinein will, deswegen werde ich Amerika überhaupt verlassen und nach Hause zurückkehren. Hier sind zwei Billetts für uns — ich habe sie heute morgen gekauft!"

„Was für Billetts?"

„Natürlich nicht erster Kajüte, ja nicht einmal Zwischendeck. Wir sind jetzt beide arme Schiffbrüchige, wir müssen standesgemäß reisen auf einem cattle-steamer."

„Auf einem Viehdampfer?"

„Machen Hunderte. Wir fahren mit einem Viehtransport nach England und von da als Passagier nach Hamburg. Kostet pro Mann zehn Dollars. Daß wir unterwegs die Ochsen füttern und tränken, wird uns wohl nicht umbringen."

„Wie bist du denn darauf gekommen?"

„Im Saloon, da hört man so manches. Da lernt man Menschen kennen, die die ganze Erde kreuz und quer umkreist haben, die schon viel Schlimmeres durchgemacht haben als du und ich, ohne daß sie wie wir sich in tiefsinnigen Reden ergingen."

„Ja, aber was heißt das? Du kannst doch nicht so ohne weiteres über mich verfügen und mir sagen, ich sollte nach Deutschland zurückkehren."

„Natürlich, das war sogar der einzige Weg, sonst hätte du dich nie entschlossen. Aber so wirst du mit mir in zehn Tagen beim Agenten antreten, und wir werden beide ganz gemütlich nach Hause gondeln."

„Fällt mir aber gar nicht ein, ich habe meinen Ehescheidungsprozeß, und ich will überhaupt jetzt erst mit dem Kampf um meine Existenz hier beginnen. Ich werde —"

Der Doktor brach in ein schallendes Gelächter aus.

„Nimm es mir nicht übel, Wittkamp, aber wir zwei sind doch furchtbar komische Kerle. Ich habe mein Saufen und du deine Pläne. Alles ist komisch. Hattest du nicht den Plan, mich vom Saufen zu kurieren. Nun, ich habe gestern dafür deine Pläne versoffen."

„Das ist mir ganz egal. Wer weiß übrigens, zu was für einen Agenten du in deinem vollen Kopf gelaufen bist. Schließlich werden wir auf ein Austernboot verschleppt oder nach dem Süden in die Sklaverei. Es steht doch jeden Tag in der Zeitung."

„Kenn ich ganz genau. Wer erst auf ein Austernboot verschleppt ist, ist auch verloren. Bei Tag und bei Nacht heißt es im Wasser wühlen mit Spaten und Netz. Die Aufseher stehen mit Peitsche und Revolver dabei. Essen — ein Hundefraß, Schlafen nur wie man steht und liegt auf den nassen Austernhaufen. Ist das Schiff gefüllt, so werden die Greenhorns, die man unter schwindelhaften Vorspiegelungen auf die Boote gelockt, ohne Geld und ohne alles irgendwo an eine öde Küste geworfen, oder gar ins Meer. Von den Monaten, die er auf dem Schiffe zugebracht, erholt er sich nie wieder ganz. Ich habe einen gesehen, der sich seine verkrüppelten Füße dort geholt hat."

„Ja, da bringen nun die Blätter fast täglich solche Fälle. Jeder weiß das, aber keiner tut solchen Agenten etwas."

„Es sind auch schon Agenten und Austernfischer ins Gefängnis geflogen, aber es gelingt doch selten, einen Sklavenhändler zu überführen. Sie haben zu gute Rechtsanwälte, Geld und Verbindung. Was will in Amerika ein armer Teufel vor Gericht?"

„Ja, es muß ein großes Geschäft sein, der Handel mit Menschen. Jetzt entrüsten sich nun alle Neuyorker über den Stellenvermittler Weiß, der zu Hunderten diese jungen Menschen in die Sümpfe von Buffalo Bluffs schickte, in denen der Bischof Broderick seine Terpentinfelder hat. Aber niemand tut dem hochwürdigen Herrn etwas, der Weiße in Fesseln arbeiten und durch bewaffnete Neger auspeitschen läßt."

„Na, du brauchst keine Angst zu haben!" sagte der Doktor. „Fortwährend gehen Dampfer mit lebendem Vieh von Boston und Neuyork ab nach England. Auf jedem werden dreißig bis vierzig Leute gebraucht zum Viehfüttern und zwar nur für die Reise nach England, da natürlich kein Vieh zurückgebracht wird. Diese Art Anmusterung ist reell."

(Fortsetzung folgt.)

Die Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung am Montag, dem 20. Juni, weist folgende Punkte auf: I. Wahl bürgerlicher Mitglieder von Verwaltungsbehörden. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates. 1. Mittel zur Durchführung der Kinderfürsorge. 2. Erlaß einer Notverordnung zur Wohnungsmangelverordnung. 3. Weitere Verstärkung der Mittel der Beamtenunterstützungskasse. 4. Erlaß eines neuen Beamtenbesoldungsgesetzes. 5. Weitere Erhebung einer Kirchensteuer. 6. Staatszuschuß für die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit. 7. Uebernahme eine Bürgschaft für den Lübecker Gemeinnützigen Hypothekenverein G. m. b. H. 8. Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1921. 9. Herstellung einer Trinkwasserstelle und eines öffentlichen Abortes auf dem Gestade beim Viehofe. 10. Siedlungsland an der Vorrader Straße. 11. Anlage von Spielplätzen. 12. Erlaß eines Gesetzes über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senats und der Behörden. 13. Verlängerung der Schonzeit für Wildenten. 14. Nachtrag zum Gesetz betr. die Beseitigung von Körpern verendeter Tiere und die Beseitigung von Tierteilen, sowie Erstattung von Verlusten und Gewährung einer Entschädigung und eines Vorschusses an den Eigentümer der Tierkörperverwertungsanstalt. 15. Einbau einer Feuermeldezentrale in das Spritzenhaus in Travemünde. 16. Einbau von zwei Schiffsspritzen der Feuerwehr in Privatdampfer. 17. Durchsicht des Fischereigesetzes. 18. Verkauf des Hauses Vorderreihe 2 in Travemünde durch die Hinrich und Dorothea Bergmann-Stiftung. 19. Deckung eines Fehlbetrages des Lyzeums am Falkenplatz. 20. Staatsbeihilfe für die katholische Gemeindeschule. 21. Staatsbeihilfe für die Kaufmännische Fortbildungsschule. IV. Antrag von Dreger: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in den Haushaltsplan des Jahres 1921 eine bestimmte Summe Geldes für die Ausbildung der Betriebsräte des Wirtschaftsgebietes Lübecks zur Verfügung der B. R.-Zentrale bereit zu stellen.

Verbindlichkeitserklärung des Landarbeitertarifs. Der am 23. April d. J. abgeschlossene Landarbeiter-Tarif für die Provinz Schleswig-Holstein (mit Ausnahme von Dithmarschen und Fehmarn) ist vom Reichsarbeitsministerium für die Zeit vom 1. April 1921 ab für rechtsverbindlich erklärt worden.

Konsularisches. Der Senat hat den Peruanischen Honorarkonsul in Lübeck, Wilhelm Brandes, nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Eine Demonstrationsversammlung veranstalteten die Kommunisten am Mittwoch abend auf dem alten Bahndamm. Roß hielt eine Rede, die er nach einem Demonstrationsumzug am Rande der Bannmeile im Gewerkschaftshaus wiederholte. Die Demonstranten zählten etwa 500-600 Mann.

Zentrale für private Fürsorge. Im Mittagstisch I der Zentrale für private Fürsorge, Königstraße 19 wurden im Mai an 24 Tagen 2835 Portionen ausgegeben. Krankenkost wurde an ebensoviel Tagen 1322 Portionen verteilt. Im Mittagstisch II, Fischstraße 17 wurden an 29 Tagen 2673 Portionen verabfolgt.

Mittsommernacht. Im Sinne des Astronomen wird es jetzt auf eine Reihe von Wochen überhaupt nicht mehr Nacht; denn der Kreis, den die Sonne von ihrem scheinbarem Rundlauf am Himmel beschreibt, taucht in allen Gegenden nördlich des 50. Breitengrades schon vom 1. Juni ab auch in der Mitternachtsstunde nicht mehr so tief unter den Horizont herunter, um alle Spuren des Dämmerlichts zum Verschwinden zu bringen. Zuweilen werden dann in der Nordrichtung auch jene in seltsam matiem Glanze leuchtenden Nachtwolken sichtbar, die uns verraten, daß jetzt jenseits des Polarkreises die Mitternachtssonne ihr Licht ergießt, das als phosphoreszierender Widerschein bis in unsere Zonen gelangt.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erstattet ihren Jahresbericht. Die Rettungsstationen sind sieben mal in Anspruch genommen worden. Der aufopfernden Tätigkeit der Rettungsmannschaften ist es gelungen, 78 Menschen dem sicheren Tode zu entreißen — ein Erfolg, wie ihn die Stationen bisher noch nicht zu verzeichnen hatten. An erster Stelle unter den Rettungstaten steht die von den beiden Stationen Nowe und Scholpin ausgeführte Rettung von 53 Personen vom Dampfer „Reval", der mit Passagieren von London nach Danzig bestimmt war. Hier waren die Rettungsmannschaften drei Tage und zwei Nächte vollständig in Anspruch genommen. Die Bemühungen des Vorstandes, weitere Kreise für die Bestrebungen der Gesellschaft zu interessieren, haben guten Erfolg gehabt. Der Voranschlag des Zentralbureaus in Bremen schließt für das laufende Rechnungsjahr mit einem Fehlbetrag von über 200 000 Mark ab. Es ergeht daher an alle diejenigen, die für das Rettungswerk ein offenes Herz haben, die Bitte, die Gesellschaft durch Beitrittserklärungen und reichliche Gaben zu unterstützen.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 14. Juni morgens 6 Uhr 16°; mittags 12 Uhr 18° Celsius.

pb. **Wem gehören die Waren?** Beschlagnahmt und im Bureau der Kriminalpolizei sichergestellt sind ein schwarzes Damenjackett und drei graue Herrenhüte, die ein jugendlicher Arbeiter in der Volksküche zu verkaufen suchte. Es handelt sich offenbar um gestohlene Gegenstände.

pb. **Abhanden gekommen** und vermutlich gestohlen ist ein hinter der Blanckstraße festgemacht gewesenes, sechs Personen fassendes Ruderboot. Das Boot ist gelb gestrichen und mit grünem Rand abgesetzt.

pb. **Wegen Betruges festgenommen** wurde der hier wohnhafte Makler L . . . n. Der Festgenommene hatte Kuxe eines Bergwerkes, deren Wertlosigkeit ihm bekannt gewesen sein dürfte, für unverhältnismäßig große Preise in den Verkehr gebracht.

pb. **Ein ungemütlicher Seemann.** Festgenommen wurde ein Matrose eines im Hafen liegenden Dampfers wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung. Er hat auch in einer hiesigen Wirtschaft verschiedene Möbel und Fensterscheiben zertrümmert und dürfte sich gleichzeitig wegen Sachbeschädigung zu verantworten haben.

pb. **Ein Rosenliebhaber.** Zur Anzeige wurde ein in der Engelswisch wohnhafter Kornträger gebracht, weil er aus verschiedenen fremden Gärten Rosen abgeschnitten hatte. Als er nach seiner Vernehmung von der Wache entlassen war, ging er in die nahe gelegenen Anlagen und beschädigte dort absichtlich mehrere Ziersträucher durch Abbrechen von Aesten. Der Mann wurde festgenommen.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Ein Bezirkstag des Fleischerverbandes für Schleswig-Holstein, Lauenburg und Lübeck wurde hier abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß der Verband statt der erwarteten 100 000 Mk. nur 10 000 Mk. vom Viehhandelsverband für Unterstützungszwecke erhalten hat. Mit bezug auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft bemerkte der Vorsitzende, daß man vom Regen in die Traufe gekommen sei, indem man die Konzessionierung des Vieh- und Fleischhandels erhalten habe. Auch dieser Zwang müsse beseitigt werden. Der Vorsitzende sprach sodann über den Verkauf nach Lebendgewicht und die Ueberfütterung der Schlachttiere. Er führte aus, daß die Zwangswirtschaft den Landwirten endlich Gelegenheit gegeben habe, den alten Wunsch nach Einführung des Verkaufs nach Lebendgewicht zu erfüllen. Nun dürfte man sich diesen Zwang nicht mehr gefallen lassen, sondern es müsse wieder der freie Ankauf, wie man ihn wolle, in Kraft treten. Uebrigens seien in Deutschland noch 22 000 Tons Gefrierfleisch vorhanden, so daß man einen gewissen Druck auf widerstrebende Landwirte ausüben könne. Die Versammlung sprach sich für die Aufhebung der Verordnung aus. Dem Ausschuß zur Bekämpfung der Dasselfliege wurde eine einmalige Beihilfe von 500 Mk. bewilligt. Danach nahm Landrat Schönberg-Ratzeburg Gelegenheit, die Versammelten zu begrüßen. Er bemerkte, er müsse mit Beschämung feststellen, daß es trotz längerer Beamtentätigkeit das erstemal sei, daß er an einer solchen Versammlung wie der heutigen teilnehme und es sei wohl ein Fehler der Verwaltung der Vorkriegszeit gewesen, daß sie zu wenig Fühlung mit der Praxis genommen habe. Andernfalls würde auch wohl manches Kriegsgesetz, das mit zum Verderben des Vaterlandes gewirkt habe, anders ausgefallen sein. Er bitte, einen Strich über das Vergangene zu machen und frischen Mutes in neuen Bahnen weiter zu arbeiten. Darauf beschloß die Versammlung, beim Deutschen Verbande mit Entschiedenheit für die Aufhebung des Schlußscheinzwanges und der Viehhandelskarte einzutreten. Kersig-Kiel beantragte, die gänzliche Beseitigung der Provinzial-Fleischstelle zu fordern. Die Versammlung stimmte zu. Gäbel-Plön forderte in einem Referat die Beförderung von Fleisch als Eilgut zu Frachtgutsätzen und die Versammlung stimmte zu. Carstensen-Flensburg besprach die öffentliche Ausschreibung von Fleischlieferungen an Militär- und staatliche Behörden und Kickelhayn-Chemnitz referierte über die Handelsgesellschaft „Haflag" des Deutschen Fleischer-Verbandes, während Syndikus Dr. Köhler-Kiel über die Neuorganisation des Handwerks und Tarif- und Arbeitsverträge sprach. Sodann wurden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Kersig-Kiel, Keil-Lübeck und Ipsen-Kinneberg wiedergewählt. Zum Gedächtnis an den langjährigen Bezirksvorsitzenden Joh. Fust-Lübeck wurde eine Joh.-Fust-Stiftung zur Unterstützung notleidender Kollegen gegründet. Als Grundstock sind der Stiftung vom Vermögen des Bezirksvereins 4000 Mark in Kriegsanleihe überwiesen worden.

Harburg. Explosion eines Benzintanks. Mittwoch morgen explodierte ein mittelgroßer Benzintank der Firma Haltermann in Wilhelmsburg. Durch das Hervorschießen der Stichflamme wurde der 19jährige Arbeiter Wilhelm getötet. Die Wehren hielten die umliegenden Gebäude unter Wasser, um das Uebergreifen der Flammen zu verhindern. — Bei dem Brande machte die Hamburger Feuerwehr Löschversuche mit einer Schaumspritze, die vermittels dreiteiliger Chemikalienmischung einen starken Schaum erzeugt, der auf die Oberfläche feuergefährlicher Flüssigkeiten geleitet wird. Innerhalb fünf Minuten können bei Höchstleistung 3500 Liter Schaum erzeugt und auf die brennende Fläche gebracht werden. Es gelang der Feuerwehr, große Benzoltanks vor der Zerstörung zu schützen.

Hamburg. Lebensmittelwucherer und Schieber vor Gericht. Wie die notwendigen Lebensmittel der notleidenden Bevölkerung verteuert werden, zeigt aufs neue eine Verhandlung vor dem Wuchergericht. Wegen Kettenhandels, Großhandels mit Lebensmitteln ohne Erlaubnis und unerlaubter Einführung von Schmalz war der Kaufmann Voege und wegen Beihilfe der Expedient in einem Speditionsgeschäft Ehlers angeklagt. Der Vertreter einer Viehmarktsbank Ulrich wandte sich im Mai 1920 an Voege mit der Anfrage, ob er Schmalz besorgen könne. V. traf darauf mit dem Makler Junglöv zusammen, der ihm 45 000 Kilo Schmalz anbot, die für die Swift Paking Co. in Neuyork im Freihafen lagerten. Der Verkäufer des Schmalzes war ein Kaufmann H., der es durch V. an U. verkaufte. Da die Einfuhrbewilligung keine Gültigkeit mehr hatte, erschlich sich E. eine solche. Diese ungültige Einfuhrbewilligung verkaufte er an Voege für 38 000 Mk. und dann wurde das Schmalz eingeführt. Später wurde die Schiebung entdeckt. In der Verhandlung erklärte V., er sei lediglich Vermittler bei dem Geschäfte gewesen, bei dem er netto 13 000 Mk. verdient habe, wovon zwei andere Personen je ein Drittel erhalten haben. Ehlers will 38 000 Mk. verdient haben, von denen er einen großen Teil habe abgeben müssen. Das Urteil lautet gegen Voege wegen Handels ohne Erlaubnis und verbotswidriger Einfuhr auf drei Monate Gefängnis und 3 835 000 Mark Geldstrafe, auf fernere 5000 Mk. Geldstrafe und auf Einziehung des Gewinnes von 13 000 Mark, gegen Ehlers auf einen Monat Gefängnis und 956 000 Mk. Geldstrafe.

Kiel. Zum Milchboykott wurde in einer stürmisch verlaufenen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner Stellung genommen. Der Boykott ist bekanntlich, weil keine Aussicht auf Erfolg bestand, vom Ortsausschuß der Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Kommunisten versuchten aber die Sache für sich auszuschlachten und erklärten ihrerseits den Boykott. Die U.S.P. schloß sich aus Gründen der Agitation dem Vorgehen der Kommunisten an. Die eingesetzte Streikleitung verlangte die Herabsetzung der Milchpreise auf 1,50 Mk. pro Liter für Vollmilch und auf 50 Pfg. für Magermilch. Eine Verhandlung, die mit dem Magistrat stattfand, scheiterte, da die Milchhändler nur eine Ermäßigung von 5 Pfg. pro Liter zugestehen wollten. Wie richtig die Ablehnung des Boykotts durch das Gewerkschaftskartell war, beweist die Tatsache, daß nur 5000 Liter weniger umgesetzt wurden und somit von einem Boykott kaum geredet werden kann. Wie die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" schreibt, haben Streikposten Arbeiterfrauen die gekaufte Milch abgenommen und in den Rinnstein geschüttet. In der eingangs erwähnten Versammlung wurde beschlossen, die Streikleitung, die U.S.P.- und K.P.D.-Vertreter an der Tagung teilnehmen zu lassen. Gewerkschaftssekretär Ehlers schilderte die Aussichtslosigkeit des Boykotts und vertrat vor allem den Standpunkt, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftskartells gehalten werden müßten. Das Vorgehen der Kommunisten und der Unabhängigen sei daher nicht zu billigen. Die heutige Abstimmung könne, ganz gleich wie sie ausfalle, für das Kartell nicht maßgebend sein. Die radikalen Redner vertraten einen anderen Standpunkt. Da von einem Teil der Versammlung immer stürmischer eine Abstimmung über den Milchboykott gefordert wurde, forderte ein Kollege alle Gewerkschafter auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Die Mitglieder der S.P.D. und mehrere Unabhängige räumten darauf den Saal, in dem ein großer Tumult entstand. Die Vorstandstische wurden von Versammlungsteilnehmern von der Bühne heruntergerissen, von der Galerie wurden Stühle nach der Richtung des Vorstandstisches geschleudert. Mehrere Versammlungsteilnehmer wollten zu Tätlichkeiten gegen die Versammlungsleiter übergehen und konnten nur durch das Eingreifen besonnener Kommunisten daran gehindert werden. Unter ungeheurem Tumult lief schließlich die Versammlung auseinander. — Nach neueren Meldungen haben die unabhängigen und kommunistischen Vertrauensmänner beschlossen, den Boykott abzubrechen. — Der ganze Vorgang zeigt wiederum, was Disziplinlosigkeit und Uneinigkeit für Schaden anrichten können.

Kiel. „Der Fleck der Revolution." Anläßlich der Kieler Seglerwoche, zu der sich die Zahlungsfähigen in Kiel zusammenfanden, wurden recht bezeichnende Reden gehalten. Heinrich der Beschränkte, Prinz von Hemmelmark, war auch dabei. Er hielt die schönste Rede, indem er ausführte: Kiel sei es gewesen, das den Giftpfeil auf die kaiserliche Marine abgeschossen habe. „Wir Kieler haben unendlich viel wieder gut zu machen vor dem eigenen Vaterland und dem, was wir die kaiserliche Marine nannten." Demnach scheint Heinrich ja allmählich zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß er und die Kreise, welche festtafelten, Schuld am Zusammenbruch sind. Im Übrigen richtete sich seine Rede, in der er in bezug auf die Zahlungsfähigkeit der Mitglieder der Kieler Segler-Vereinigung diese als „Schwester in Samt und Seide" bezeichnete, gegen die verfassungsmäßige deutsche Reichsflagge. Als dann der Hamburger Großkaufmann Richard Krogmann in seiner Rede die Entente darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es der größte Fehler unserer Feinde war, daß sie in den Friedensvertrag nicht hineinschrieben, daß die Flagge schwarz-weiß-rot nicht mehr gezeigt werden dürfe und daß deshalb jetzt erst recht diese schwarz-weiß-rote Flagge überall gezeigt werden müsse, rief Heinrich dazwischen: „Aber nicht mit dem Flecken der Revolution!" Damit meinte er die vorgeschriebene schwarz-rot-goldene Gösch in der Seeflagge. Heinrich sollte mit solchen Bemerkungen vorsichtiger sein, denn es ist allgemein bekannt, daß er in den Revolutionstagen nicht nur sein Auto mit einer roten Fahne versah, sondern sich auch selbst mit einem roten Fetzen um dem Arm schmückte. Jetzt wird der einst so Furchtsame mit einem Male wieder mutig. „Mut zeigt auch der Mameluk!" sagt Schiller.

Gaukonferenz des Landarbeiterverbandes.

In Kiel tagte am Sonntag eine von 28 Delegierten besuchte Gaukonferenz des Landarbeiterverbandes. Zum Tarifabschluß sprach Lörke vom Hauptvorstand. Er führte u. a. aus: Schleswigs-Holsteins Landarbeiter entscheiden heute darüber, ob Kommunisten oder Landarbeiterverband die Lohnbewegungen führen. Die Lohnbewegung im Vorjahre verlief außerordentlich günstig. Wir errangen bei der Lohnbewegung des Vorjahres einen derartigen Erfolg, daß sich die Lohnkommission bereits vor Beginn der Verhandlungen klar darüber war, daß Wesentliches nicht zu erreichen war. Der Tarifvorlage des Landarbeiterverbandes folgte schnell eine Gegenvorlage des Arbeitgeberverbandes. Kritisiert wird besonders die Arbeitszeitverlängerung um 26 Stunden jährlich und die Regelung der Freiarbeiterfrage. Es gab nur zwei Möglichkeiten: den alten Tarif bestehen zu lassen oder aber den neuen Tarif zustande zu bringen, der zwar 26 Stunden Arbeitszeitverlängerung bringt, aber doch immerhin auch Verbesserungen enthält. Im Interesse der Organisation haben wir darauf zu achten, daß ein Tarif bestehen bleibt. Da die Verlängerung des alten Tarifes ein schwerer Fehler gewesen wäre, mußte man Vereinbarungen auf der Grundlage des neuen Tarifes erzielen. Und das um so mehr, als für die Freiarbeiter etwas herauszuholen war. In der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit um 26 Stunden jährlich waren die Unternehmer nicht zum Nachgeben gewillt. Mit 14 gegen 10 Stimmen hat schließlich die Lohnkommission dem jetzt geltenden Tarif ihr Zustimmung gegeben. Auf Grund des Tarifvertrages und des Betriebsrätegesetzes müssen unsere Kollegen in den Betrieben dafür sorgen, daß aus dem geschriebenen wirkliches Recht wird. Tarifverträge werden nicht abgeschlossen, damit sich die Arbeiter auf die Ruhebank setzen können. Die Arbeitgeber respektieren uns erst, wenn wir tagtäglich im Betriebe zeigen, daß wir Kraft und Energie haben, uns auf dem Verhandlungswege durchzusetzen. Die Opposition, welche die Kommunisten zurzeit in den Verband hineinzutragen suchen, hat ja auch gar nicht zum Ziel, den Tarif zu verbessern. Urban hat in Neumünster gesagt: „Es kommt nicht auf Verbesserung des Tarifes, sondern auf die Aktion an." Die mitteldeutsche Arbeiterschaft hat kennen gelernt, welches Elend solche Aktionen bringen. Die Landarbeiter Schleswig-Holsteins dürfen sich auf keinen Fall von Intellektuellen zu irgendwelchen Torheiten verleiten lassen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die Landarbeiter in Schleswig-Holstein einig sind. Jeder Streit schwächt unsere Position bei den Verhandlungen. Die Arbeiterschaft steht vor entscheidenden Kämpfen. Da darf sie ihre Kraft nicht zersplittern.

Für die Aussprache wird eine Redezeit von 15 Minuten festgesetzt und beschlossen, aus jedem Kreis, mit Ausnahme von Eckernförde, nur einen Redner sprechen zu lassen. Eine längere Debatte entspann sich über das Verhalten des Delegierten Schürer-Rendsburg, der die Ortsgruppen durch Wort und Schrift aufgefordert hat, keine Beiträge nach Berlin abzuschicken. Nur die Ortsgruppe Westensee hat auf diese Treibereien hin die Beitragszahlung an die Hauptkasse gesperrt und eine Summe von 400 bis 500 Mk. nicht abgesandt. Das Vorgehen Schürers wird vom Gauleiter Hansen und mehreren anderen Rednern scharf gebrandmarkt. Schürer sprach 20 Minuten. Uebte aber keine ernsthafte sachliche Kritik am Tarif, sondern beschimpfte vor allem den Gauleiter Hansen, von dem er behauptete, daß er von den Arbeitgebern bestochen und ein Arbeiterverräter sei. Als seine radikalen Redensarten entrüstete Zwischenrufe auslösten, rief der Redner den Delegierten zu: „Ihr versteht ja davon nichts, Ihr lest ja alle das Speckblatt, die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung." Zu dem Gauleiter Hansen sagte er: „Wenn Du noch einmal nach Westensee kommst, kriegst Du von mir ein Paar in die Fresse! Verbandsvorsitzender Schmidt betonte u. a., daß der Redner die Absicht gehabt habe, Hauptvorstand und Gauvorstand zu beleidigen. Ein Mann, der derart mit Schimpfworten um sich werfe, könne niemand beleidigen, man müsse ihm mildernde Umstände zubilligen. Hansen: Die ohnehin schwierige Arbeit der Organisation ist durch Schürer weiter erschwert worden. Hinter dem Rücken der Gauleitung hat Schürer Streikpläne gemacht. Ein Antrag, Schürer nur mitverhandeln zu lassen, wenn die Gaukonferenz erklärt, daß die Ortsgruppe Westensee das Geld in 10 Tagen abzuführen hat, und daß die Delegierten mit dem Artikel in der „Republik" nicht einverstanden sind, wird mit 20 Stimmen angenommen. — Nach diesem Zwischenfall begann eine lebhafte Aussprache über den Tarif, an der sich aus dem Freistaat Lübeck Scheck und aus Lauenburg Krüger beteiligten. Auf die ziemlich ausgiebige Kritik erwiderte Schmidt, Verbandsvorsitzender: Alle Kollegen, die kritisieren, sollte man in die Lohnkommission schicken. Dort werden sie einsehen, daß sie es auch nicht besser machen können. Es ist sehr leicht, radikal zu reden. In Wirklichkeit ist aber radikal nur der, der jeden Pflock einschlägt, der einzuschlagen ist, um den Arbeitern Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben. Lörke, Hauptvorstand: Daß an dem Tarif Mängel sind, ist klar. Wenn in dem Tarif Verschlechterungen entgegen dem alten vorhanden sind, so sei den Kollegen gesagt, daß derartige Bestimmungen keine Gültigkeit haben. Nach dem Gesetz sind alle Aenderungen von Lohn und Arbeitsbedingungen, die zuungunsten der Arbeiter im neuen Tarif stehen, ungültig. Ich schlage vor, eine Lohnkommission zu wählen, der kein Kreisleiter angehört, und die sich nur aus zehn Kollegen aus dem Beruf zusammensetzt. Es muß dann versucht werden, recht bald zu neuen Verhandlungen mit den Unternehmern zu kommen.

Die Abstimmung über die Anträge ergibt zunächst die Ablehnung des Antrages Brandt-Eckernförde mit 21 gegen 5 Stimmen, der folgenden Wortlaut hat: Hiermit beantrage ich, den am 21. April 1921 abgeschlossenen Tarif für ungültig zu erklären und den Vorschlag von Eckernförde als Richtlinie dienen zu lassen. Angenommen wird ein Antrag Posky-Segeberg mit 30 gegen 2 Stimmen, der lautet: Die heute, am 12. Juni tagende Gaukonferenz für Gau VI des Deutschen Landarbeiterverbandes nimmt Stellung zum diesjährigen Tarifvertrag. Die Konferenz erkennt an, daß die Lohnkommission sowie die Verbandsleitung bei der letzten Tarifverhandlung einen schweren Stand gehabt haben und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr erreichen konnten. Sie beauftragt hiermit eine heute zu wählende Kommission auf Grund des § 9 des Tarifes, eine Beseitigung der größten Mängel des Tarifes zu erstreben. — Schmidt, Verbandsvorsitzender, schlägt vor, die Kommission nur aus in Arbeit stehenden Kollegen zusammenzusetzen.

Die neue Lohnkommission setzt sich nach dem Beschluß der Gaukonferenz aus folgenden Kollegen zusammen: Kartum-Bordesholm, Scheck-Lübeck, Butenschön-Plön, Becker-Segeberg, Grell-Oldenburg, Krüger-Lauenburg, Held-Schleswig, Reik-Eckernförde, Bethke-Rendsburg und Hinsch-Stormarn.

Schmidt, Verbandsvorsitzender, betonte in seinem Schlußwort u. a.: So lebhaft es in den ersten Stunden der Konferenz zuging, so zufrieden bin ich doch, mit Euch wieder einmal zusammen gewesen zu sein. Daß in einer Organisation wie der unseren Auseinandersetzungen, wie wir sie heute gehabt haben vorkommen,

gestehe ist. Es schadet auch nichts. Nur müssen wir, nachdem sie erledigt und Beschlüsse gefaßt worden sind, geschlossen hinter diesen stehen. Vor allen Dingen muß die Organisation zusammengehalten werden, wenn wir etwas erreichen wollen. Eine Verbesserung des Tarifes ist nur zu erreichen durch die gesammelte Kraft der Organisation. Mehr denn je ist die Einigkeit der Arbeiter in diesen Tagen nötig, in denen das Unternehmertum alles daransetzt, die Errungenschaften der letzten Jahre nach rückwärts zu revidieren. In diesem Sinne gilt es zu handeln.

Aus aller Welt.

Ein falscher Hölz. Das außerordentliche Gericht in Halberstadt verurteilte den Kommunisten Hermann Franke aus Berlin, der den Putsch in Westeregeln unter dem Namen Max Hölz inszeniert hatte, wegen Hochverrats zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Ein Riesendiamant gefunden. In Congong am Kap der Guten Hoffnung wurde kürzlich ein Diamant im Gewicht von 881 Karat gefunden. In der Reihe der berühmten, durch ihr ungewöhnliches Gewicht bemerkenswerten Diamanten rangiert dieser neuaufgefundene Stein zwischen dem Regent von 410 Karat und dem Großmogul von 280 Karat. Der größte Diamant der Welt ist auch heute noch immer der Cullinan, der, bevor er zerschnitten wurde, 3032 Karat wog, und mit dem zusammen neben kleineren Steinen seinerzeit ein Diamant von 516 und einer von 309 Karat ausgegraben wurden, die sich sämtlich im Besitz des britischen Kronschatzes befinden.

Ein Rittmeister a. D. als Scheckfälscher. Auf die Spur von Betrügern, die in vielen Städten große Scheckfälschungen vorgenommen haben, ist die Berliner Kriminalpolizei gekommen. An der Spitze dieser Betrüger steht der Rittmeister a. D. Hans v. Luck. Seine Helfer sind ein 37jähriger Julius Sönnichsen aus Londern, der sich auch Hans Jäger und Karsten nennt, der Pferdehändler Bücke und der Kaufmann Adolf Markussen, der zuletzt in der Zehringer Straße in Wilmersdorf wohnte. Die Betrüger besitzen Scheckbücher der Hamburger Filiale der Deutschen Bank mit den Schecks 558226 bis 558250, und der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin mit den Nummern 101676 bis 101700. Mit einem Teil dieser Schecks haben sie auch in Kopenhagen größere Betrügereien unternommen.

Für 100 000 Mark Platin gestohlen. Die Berliner Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung eines Platindiebstahls beschäftigt, der in Bitterfeld verübt worden ist. Einer großen Firma wurden dort aus der Fabrik sechs kleine Platinschalen gestohlen, die einen Wert von 100 000 Mark darstellen. Die Polizei nimmt an, daß die Täter versuchen werden, das Platin in Berlin zu verkaufen.

Von Wilddieben erschossen. Bei einer Jagd im Woldenberger Stadtforst wurde der Lehrer Retzow auf dem Anstand von zwei Wilddieben von hinten angeschossen und durch ein Schlag mit dem Gewehrkolben tödlich verletzt.

Ein Vatermörder. In Lippe bei Marl (Westfalen) hat am Sonntag der 15 Jahre alte Hubert Schild seinen 75jährigen Vater mit einem Jagdgewehr erschossen. Der Sohn hat diese Tat mit voller Ueberlegung begangen; er war wegen seines Hanges zum Schlechten von seinem Vater streng überwacht und behandet worden.

Todessturz eines englischen Fliegers. Der englische Flieger Dreenwood ist in Buenos-Aires mit zwei Passagieren abgestürzt. Alle drei Personen waren tot.

Kapitalschieber. Die Mitinhaber der hiesigen Flima C. Levin, die Gebrüder Max und Leo Levin, Breslau, die unter dem Verdacht von Kapitalverschiebungen im Ausland verhaftet worden waren, sind gegen eine Kaution von 8 Millionen Mark auf freiem Fuß gesetzt worden.

Wettersturz in Bayern. In München ist die Temperatur auf 8,8 Grad Celsius, im Alpenvorland (Partenkirchen) und Allgäu (Obersdorf) bis 4 Grad Celsius heruntergegangengen. Bei Tegernsee am Hirschberg hat es bis auf 1500 Metern geschneit. Das Wetter ist regnerisch. Auch in Ammergau ist viel Neuschnee gefallen.

Sport.

Fußballwettspiel. Dem hiesigen Ballspiel-Verein „Vorwärts" ist es gelungen, die Ib Mannschaft des Sportklubs „Comet" Flottbeck-Hamburg zum Retourwettspiel zu verpflichten. Das erste Spiel endete seinerzeit mit 6:8 für Vorwärts. Comet wird alles daran setzen wollen, um die erlittene Niederlage wieder auszuwetzen; es ist deshalb ein spannender Kampf zu erwarten. Das Spiel beginnt um 4 Uhr auf dem Sportplatz Kasernenhof St. Lorenz.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungslokalen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortschaften ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten" in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Danksagung

Für die zahlreichen Kranzspenden und Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen wir der Handelskammer, Trägerkorporation, Transportarbeiterverband und Herrn Pastor Tegtmeier unseren besten Dank. (3014

F. Ehlers.

Zuverl. Zeitungsfrau ges. 3021) **Marlesgrube 75, II.**

Neues Büfett, 4 Stühle u. Tisch (Eiche) billig zu verk. 2999) Feldstr. 21,I.

Gutes Damen-Fahrrad billig. Wakenitzmauer 42. 3028) Fahrradhandlung.

1 P. n H.-Stief. Gr. 42, 1 P. n. K.-Stief. Gr. 39 zu verk. 3008) Fischergrube 57,II.

Kleiderschr. u. Kommode zu verk. Kl. Gröpelgr. 5.(3001

Günstiges Angebot!
Schlafzimmer, kompl. mod. Bauform m. Kugelfüßen, Schrank, zerlegbar, 140 breit, 3tür., mit Spiegel u. Wäscheeinricht., eleg. Marmor.
3400 Mk. 3012
Möbel- u. Bettenhaus Heine, Depenau 8.

Eine Puppe zu verkaufen 3018) Tünkenhagen 12,I.

Die beleidigenden Worte, welche ich über Herrn **Heinrich Stender** gesprochen habe, nehme ich zurück. (3009
Frau Krohn.

Zigarrenhaus Fünfhausen
Für Raucher (3006
beste Bezugsquelle.
Inh.: P. Gerhard, Fünfhaus 31

Billig und gut
kaufen Sie bei uns:
Damen-Kostüme und Mäntel
Herren-Anzüge, Paletots
Hosen, Kleiderstoffe
Waschstoffe, Leinen.
Reelle Schuhwaren.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 (3025) **St. Petri 2—4.**
Arbeiter- und Berufskleidung.

Frisieren, Ondulieren und Manikure gut und billig. 3081) Schüsselbuden 36 I.

Freitag und Sonnabend
Prima Rohfleisch.
A. Radloff,
Schwönekenquerstr. 4. 3032

Anzeigen
für hiesige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten"
Johannisstraße 46.

Sie sparen Geld,
wenn Sie Ihre Möbel bei **E. Stüwes** Möbel- u. Bettenhaus, Böttcherstr. 10, kaufen. Schlafzimm. m. Spir.-Matr. 2175 M., kompl. Küche 540 M., 2 gl. Bettst. m. Matr. 825 M., Vertikow 225 M., Küchenschr. 295 M., Ausziehtische 280 M., Tafelstühle 60 u. 70 M., Garnitur, Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch, Vertikow, zus. 925 M., fast neue komplette Federbetten 525 u. 575 M., Einzelmöbel, Spiral-Matratzen. (3024

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Kolosseum.
Jeden Dienstag und Freitag
Garten-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung von Frau **Herfurth Carsten** (Hochdramatisch) und Herrn **Josef Immendorf** (Baß) vom Lübecker Stadttheater. Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschl. Steuer.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Anfang 7½ Uhr. (3005

Expreß-Güter-Verkehr „Nordmark"
Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. „Nordmark"
Zweigstelle Lübeck
befördert **Pakete, Kisten, Stückgüter usw.** nach den Orten **Travemünde, Niendorf, Timmendorfer Strand, Scharbeutz (Haffkrug).**
Eröffnung: 16. Juni 1921.
Berechnung billigst. Fordern Sie Tarife.
Annahmestelle:
Lübeck: Burmester & Ahlers, Dankwartsgrube.
Erstmalig fährt der Wagen am **Donnerstag, dem 16. Juni.** (3007
Weiterhin verkehren die Wagen regelmäßig Dienstags und Freitags.

Eimerbier
Freitag von 4—6 Uhr.
3027) **Hermann Stamer.**

Der Puppendoktor
heilt jede kranke Puppe.
3003) **E. Hertel, Hüxstr. 74**

Zur Mühle
Beckergrube 61.

Bruchreis ℔	2.20, 2.40, 2.70
Voll-Reis ℔	2.40, 3.00, 4.00
feinste Haferflocken ℔	2.60
feinst. Maiskernpuder „	3.50
feinst. Kartoffelmehl „	3.50
weißer grober Grieß „	2.90
Reismehl, fein und grob ℔	2.60, 3.00
weiß. Kuchenbackmehl ℔	2.70
Buchweizengrütze „	4.00
Feinste bosnische Pflaumen „	5.00

(3019

Neu eingetroffen!
Besonders billig!
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Prima Stoffe! (3016
Beste Verarbeitung!
Heinrich Beuck
Brockesstraße 25.

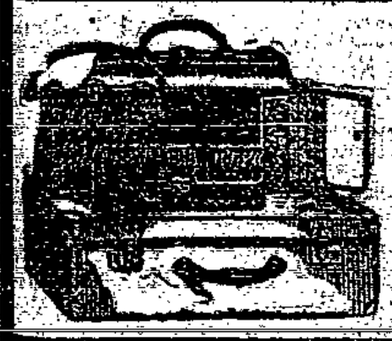
Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck. ⋯ C.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel
Endstation der Straßenbahn-Linie 1.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorteilh. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

B. Dittmer, Schuhbesohlanstalt, Fünfhausen Nr. 7



Billige Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln
F. Fränkel,
Breite Str. 35 und Holstenstr. 4

Elektrische Artikel aller Art preiswert i. Spezialhaus „ELEKTRA", Tel. 3230, Königstraße 62.

Alfons Helle
Dankwartsgrube 40.
Werkstatt f. Holzmalerei und Möbellackierung.

Franz Wehrendt,
Balauerfohr 35, Tel. 8943
An- u. Verk. sämtl. Kleid. Wäsche, Fußzeug, Bett.

Frau F. Jacobson,
Glockengießerstraße 44.

Margarete Rabe, Putzgesch. Mühlenbrücke 2.

F. Baurenfeind,
Schuhw., Mühlenstr. 34.

Friedr. Michael
Gartensämereien,
Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnt und färbt H. BÖSSEL, nur Hüxstraße 37.

C. G. Torkuhl, Fünfhausen 12. Wäsche, Austeuer- u. Herrenartikel.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerwar., Ang.-Ger., Fischn.

E. Steen, Wahmstraße 58 Ofen u. Herde, Buntes Tongeschirr.

Fr. Kempke, Königstr. 128, Tel. 3518, Fahrr. Karbidl., Wringm.

Adolf Hinke,
Anfert. ff. Herrengarderobe
Königstr. 48 a.

Färberei Karstadt & Laurisch
Geniner Straße 46, Telephon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichklopfwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 85/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 948.
Brennmaterialien • Transporte aller Art.

Karl Kleinfeld, Bahnhofsstraße 3.
Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Johannisstr. 14
Pianos
Hausmann
Stimmen
Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg. Jürß, Marlesgr. 34, Antiquitäten-Haus.

C. Grimm Nachf.
Schlumacherstraße 6.
Leder — Schäftestepper.
Zubehörartikel. T. 2029.

Dentist R. Düffer,
Breitestraße 44 II.

E. Lüthge, Johannisstr. 43 I, Damen-Frisier-Salon.

Dr. Drümmer, Fackenb. Allee 64, Fahrrdhdl. u. Rep.-Wkst.

Bettenhaus Karstadt
Holstenstraße.

Färberei Reimers,
Fischergrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubera
Tel. 3121, Breitestr. 13.

A. Drückhammer, Königstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wulf, Kohlen-, Holz- u. Kartoffelhdlg. Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein,
Barbier, Gr. Burgstr. 11
Flechten, Haubennetze.

Gustav Pütter, Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

J. Gramckow,
Schuhwarenh. Beckergr. 23

Otto Gattermann, Ingenieur, Balauerfohr 17.
Inhaber der Lübecker Metallwarenfabrik.

⋯⋯ Schwartau ⋯⋯

Zigarren, Zigarretten, Rauchtabak in all. Preisl., nur erste Fabrik., **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt,** Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • **Marktpavillon:** Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Hotel Lübecker Hof,
am Markt :: Tel. 1066.

Hotel Kronprinz
Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16 Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.

W. Wiencke, Lübeck. Str. 4, Tel. 2442, Autorep. Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow
Zahnpraxis

Anna Martin
Putz- und Modewaren.

Kaffeegarten Schwarz
vorm. Rogall,
Am Riesebusch.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 5.
Gute Küche ∽ Zivile Preise ∽ Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8488. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle", Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen", Harry Rubach
Hansastraße 8, Telephon 8478.

Friedrichshof: Mittwochs u. Sonntags **Tanz**

Rest. Everling, Schwart. Allee 69a Saal für Hochzeiten und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal
Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne,
Moislinger Allee 18a, Telephon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52. Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannte Lichtbildbühne.

Stadthallen-Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführg. 4—7 und 7—10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig
Obertrave 4. Fernspr. 877.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle
für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburger Allee 59.

Otto Weber, Hansastraße 43 a, Telephon 1761.
en gros :: Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Genußmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6—8.

Joh. Wiegers, Balauerfohr 26/28. Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Süfke Nachfg., Warendorpstr. 25, Fernspr. 8524. Vorteilhafte Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl. en gros - en detail
Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackenb. Allee 19b. Spez.-Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst, Südfr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1809. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischergrube 90. Kolonialwaren, Fettwaren.

Rud. Jäde, Beckergrube 70, Tel. 8622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwebcke
Kolonial- und Fettwaren, Fischergrube 60.

Friedr. Weingärtner, Johannisstraße 3.
Konfitüren und Delikatessen.

Otto Hinke, Fünfhausen 1. Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Obst- und Südfrüchte, Holstenstraße 19.

Carl Schröder Nachfl., Inh. A. Gerdis, Große Burgstraße 7. Kolonialwaren, Konfitüren, Delikatessen.

Otto Baake, Markt 9. Butter, Margarine, Käse.

Filiale Scheere
Inh. Hertha Drögmöller Hüxstr. 22/24, Tel. 2563
Fleisch, Wurst, Aufschnitt, Delikatessen u. Fettwaren.

Hans Siefkens, Obst-, Gemüse-, Delikat.-Geschäft, Moislinger Allee 84.

Ad. Danielsen, Moisling. Allee 2b. Kolonialwaren, Fettwar. und Delikatessen.

Fischhandlung J. Borgwardt, Kronsl. Allee 29. T. 1109.

Lübecker Marzip.-Vers. Arthur Ritzkowsky, Mühlenstr. 65.

A. Petersen, Schokol. u. Zuw.-Grhdl. M.-F. Beckgr. 79. T. 1625.

W. Deikmann, Lebensmittelw. Lindenstr. 55. Tel. 8236.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hüxstraße 82. Räucherfische, Delikatessen.

Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahmstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren
Herm. Voss, Große Burgstraße 43.

Burg-Drogerie Herm. Röttger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016
Toiletten-Artikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert, Stempel, Türschilder, Gravierungen Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickedestraße 14, Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern, Konfitüren, Delikatess. u. und Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 8566.

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hüxst. 87, T. 8748.

Aug. Carstens, Dornestr. 14a. Delikatess. u. Fettwaren

Otto Sehlcke, Drogen u. Kolonialwaren, Fackenb. All. 70.

Wendlandt & Weirich
Kolonialw., Tab. u. Zig. Glockgießerst. 16 T. 2414

Johs. Beth, Adlerstr. 86. Vorteilhafte Einkaufsqu. für Gemüse, Obst, Kolon-. u. Fettw.

A. Boht, Fünfhausen 22. Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Schultz, Hansastraße 92.

„Zur Glocke" Drogenh., Alb. Westphal, Glockengießerst. 46

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop
Moislinger Allee 6a, Fernruf 2875.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29 Tel. 1941
Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummiartikel.

◆◆ Rauchwaren usw. ◆◆

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Obst * Gemüse
Südfrüchte
preiswert bei
W. Kock,
Große Burgstr. 18.
Telephon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr. 18. F. 8256
Kaff.-, Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schulstraße 11
Drogen, Farben, Chemikalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage, Zigarren, Zigaretten
Tabak. Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen, Tabak, Zigarren
Zigaretten. Hüxstr. 88.

Ernst Meyer Dornestr. 8 Tel. 8495
Putz- und Modewaren

Bankhaus Fritz Kiemstedt, Komm. Ges., **Lübeck,** Holstenstr. 5, Telefon 988, 8178. Tel.-Adr.: Nordbank. Reichsbankgirokonto. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: **Timmendorfer Strand,** Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampffärberei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 818.
Filialen: Hüxterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorpstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6⁰⁰	7⁴⁰	5⁵⁰	7⁰⁸
7⁴⁰ W	8⁵⁰	2—4 St.	
7⁴⁷	9²¹	7⁰⁵	8⁵¹
2—4 St.		2—4 St.	
9⁴⁰	11⁰⁶	8²⁰	7²¹
11⁰⁵	12⁴⁰	8⁴⁰ D	9⁵⁷
2—4 St.		10¹⁷	11⁵⁴
12⁴⁶	2²³	2—4 St.	
2²⁴	3⁴⁵	12²³	1⁵⁶
3⁴⁴	5⁰²	3⁰⁵ W	4¹²
2—4 St.		3⁹⁰	5¹⁰
4¹⁷	5⁵⁹	2—4 St.	
2—4 St.		5¹⁵	6¹⁶
7¹⁶	8²⁴	5⁴⁰	7¹⁶
7²²	9⁰⁰	7²²	9⁰⁰
8¹⁶ D	9¹⁴	2—4 St.	
8⁵⁸ S	10¹⁵	9⁰⁰	10⁵⁶
9²⁰	11⁰²	11⁴⁰	1⁰⁸
2—4 St.			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8⁰⁰	9¹⁸	6⁸⁴	7⁴³
1⁰⁰	2⁴⁷	11⁴⁵	1⁰⁰
4¹⁸*	9¹⁵	8⁴⁵*	1²⁹
5⁰⁰	6⁵²	3²⁷	4⁴²
9¹²	10⁵⁴	7²²	8⁴⁰

* D Berlin-Kiel und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7¹⁵	8⁵³	5⁵⁰	7²⁵
9²⁶ D	10²⁸	9⁰²	10⁵⁷
9⁴² D	10⁴¹	1⁵⁴	3⁵⁶
12⁰²	1⁴⁴	— D	7¹⁰
5¹⁹	7⁰³	7⁰⁹ D	8⁰⁸
9¹²	10⁵¹	7²⁵	9⁰⁵

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7¹⁵	8¹²	6¹⁵	7²²
9⁴⁷*	10⁴⁵	8²⁸	9¹⁸
12¹⁸	1⁰⁹	12²⁴*	1²¹
1⁴² D	2²⁵	2⁵⁹	3⁵⁸
2⁰⁰	2⁵⁶	3²⁵ D	4¹²
7²¹	8²⁰	7²⁸ S	8³⁴
		7⁴⁶	8⁵⁹

* Nur bis auf weiteres.

Seebergs

Lübeck ab	Seebergs an	Seebergs ab	Lübeck an
8⁰⁵ W	10⁰²	5⁴⁵ W	7⁰³
10⁵⁰ S	11⁵³	7⁵⁵ S	9²⁰
2¹⁰ W	3⁵⁵	10⁰² W	11⁵⁵
7³⁰ W	8⁵⁵	4¹⁵ W	6¹⁵
9²⁰ S	10⁴²	7³⁰ S	8⁵³

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5²¹ W	6⁰¹	—	6²²
8¹⁵	9⁰⁰	—	—
9⁴¹	10⁰⁸	10¹⁸	10⁴⁶
1⁴⁵*	2⁰²	2⁰⁷	2²⁹
2⁰⁷	2⁴⁷	2⁵³	3¹⁷
4¹⁸	4⁴⁵	4⁴⁵	5¹²
6²²	7⁰¹	7⁰⁶	7³¹
9¹⁵	9⁵⁵	10⁰⁰	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6⁵⁰ W	6⁵⁰	6⁵⁵	7⁵⁴
11⁰⁰	11²⁵	11⁵⁰	12¹⁹
1²⁰	1⁴⁰	1⁴⁵	2¹⁷
2⁴⁴*	3⁰⁷	3¹²	3⁵²
3⁴⁵**	4⁰⁸	4¹⁸	4⁵⁶
5⁵⁵	6¹⁸	6²⁸	7⁰⁶
—	7³⁰*	7³⁵	8⁰²
7⁵¹	8¹⁷	8²²	8⁵⁰
—	10¹⁵	10²⁰	11⁰²

* Nur im Juli und August.
** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Zigarrenhaus Burgtor
M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 86, Ecke Meierstraße — Telephon 3581.
Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99 Ecke Warendorpplatz
Bill. Bezugsquelle f. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25. Schuhwaren, sol. Fabrikate
Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahrraddecken oder -Schläuchen? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisieranstalt **Hermann Wildhagen, Lübeck, Beckergrube 54, Fernruf 8383.** Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz, Baukleempnerei und Installation, Wahmstraße 42. Hartlötarbeit und autog. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Fahrrad-Körner, Große Burgstraße 23. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt.

Joh. Voss, Hüxstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Chittlard, Schmiedestraße 21. Vermietung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

Willi Malchow Wasch- und Plättanstalt, Glockengießerstraße 40.

D. Dortmund, Fahrräder Nähmaschinen, Fackenburger Allee 1a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 87.
Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Bücherbörse Fischergr. 16. An- u. Verk. v. Büch. all. Art bill.

Schloßbrauerei Kiel
Niederlage: Kanalstr. 26

Hansa-Brauerei A.-G.
empfiehlt besteingebraute Biere, hell u. dunkel. Fernruf 161, Fackenburger Allee.

G. Grundmann, Schüsselbuden 82. Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB. Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever
Schwönekenquerstraße 18.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6.
Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 86.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt
Königstraße 51, Telephon 8879.

Gebr. Müter, **Mühlenstraße 13,** Fernsprecher Nr. 427.
Beerdigungs-Institut.

A. Brodersen & Sohn, Beerdigungs-Institut Obere Aegidienstraße 7 Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

Franz Schütt, vorm. Karl Rohde, Hundestr. 64. Gerberei u. Lederhandlg. Lederausschnitt sowie sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel.

A. Reinknecht, Marienstraße 5 Mod. Schuhreparaturen.

Ed. Teuteberg, Lederhandlg., Untertrave 67.

Jul. Schulz, Fahrräder, Tel. 8564, Fleischhauerstraße 30.

W. Klüssendorf, Klemp. Mech., Baukl. Hüxst. 116, T. 1159

Glasscheiben aller Art, **Kitt,** Glaseschn., Bilderleisten **Bilder-Einrahmungen, Oskar Tauchnitz,** Fleischhstr. 35, Tel. 2808.

Wäscheleinen usw.
Schefferling & Höpfner, Untertr. 84, Mühlenstr. 6

Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse, Hüxstr. 43.

◆◆◆◆◆◆ Brauereien ◆◆◆◆◆◆

Vereinsbrauerei Walkmühle,
H. Lück. Telephon 284. Lagerbier, Pilsener, Porter.

Aktienbierbrauerei.
Lachswehr-Allee 14—20.

Neuer Bierverlag Busch & Co.
mittl. Mengstr. 80, neben dem Schabbelhause, Fernsprecher 1313, empfehlen ihre Biere in tadellos gut funktionierenden Bierfaß-Automaten v. 5 u. 10 Litern Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen
Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burgstraße 24. Telephon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann,
Wahmstraße 18 — Telephon 4, 8904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufruhr-, Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co.
Dankwartsgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Alfstraße 24. Versicherungen aller Art.
Preußische Lotterie-Einnahme.

◆◆ Für alle Vereine ◆◆

Lübecker Fahnen-Fabrik
Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Nottbohm, Alfstraße 7, Telephon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

◆◆◆◆ Friseure usw. ◆◆◆◆

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8
Herren-Rasier- und -Frisier-Salon.

Ernst Frahm, Königstraße 33. Friseur u. Toiletten-Art.

Rich. Ahrens, Friseur, Beckergrube 31.

R. Grote, Friseur,
Große Burgstraße 15. **Massage** i. d. Gr. Burgstraße. Konkurrenzfrei!

Otto Steinhagen, Damenfriseur, Beckergrube 7.

Herrengarderobe.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 39/41 Telephon 106,
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 82
Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Fradl, Breite Straße 97. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr.-u. Knab.-Gard., Arb.-u. Berufskleid.

W. Heise,
Königstr. 28 gegenüb. dem Katharineum
Anfertigung fein. Herren- und Damen-Garderoben. Gut sortiert. Stofflager. Bill. Preise. Tel. 3576

Meta Schmidt
Lange Reihe 21a.
Stets Neuh. in Damenhüten :: Aufarbeitung getragener Hüte.

Franz Müller, Inhaber: Ad. Finck
Marlesgrube 31/33.
Elegante Herrenmoden nach Maß.
Streng solide Preise.

Manufaktur usw.

Betten-Duve, Große Burgstraße 82
Aussteuergeschäft, liefert billigst und tadellos.

Herm. Libnau, Schwartauer Allee 53/55
Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brockesstraße 25, Ecke Warendorpstr. Preiswerte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

◆◆◆◆ Allgemeines. ◆◆◆◆

MARTENS & LAMPE
Weingroßhandlung
Fischergrube 78

Heinrich Boye,
Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien.
Lindenstraße 17a. Telephon 918.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 8289.
Prima Preßtorf und Brennholz aus erster Quelle.
Eigene Torf- und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackenb. Allee 10b
Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann vorm. Frankenthal & Co., Breite Str. 45
Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Herm. Glasau, Moisling. Allee 4a
Klemp. Küch.-u. Bel.-Art.

Gebr. Steder, Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte.